

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntag.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Btg. monatlich, M. 2.— vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frangobrief. M. 3.— vierteljährlich durch alle deutschen Postämtern, auswärts durch Postamt. — Bezugs-Bestellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Poststelle Bismarckstr. 19, sowie die Buchhandlungen in allen Teilen der Stadt; in Biedrich die dortigen Buchhandlungen und in den benachbarten Orten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigen-Preis für die Seite: 15 Btg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ in einwöchiger Spalte; 20 Btg. in beiden abendlichen Spaltenführungen, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Btg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Btl. für lokale Reklamen; 2 Btl. für auswärtige Reklamen. Ganze, halbe, Drittel und Viertel Seiten, durchlaufend, nach beiderseitiger Berechnung. — Bei telegraphischer Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechende Rabatt.

Anzeigen-Nachnahme: Für die Abend-Ausg. bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausg. bis 8 Uhr nachmittags.

Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatt: Berlin-Wilmersdorf, Glinckestr. 66, Fernspr.: Amt UHland 450 u. 451.

Für die Aufnahme von Anzeigen an vergrößerter Tagen und Wähen wird keine Gebühr übernommen.

Samstag, 17. Januar 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 27. • 62. Jahrgang.

Kali.

Von Bergat a. D. Georg Gothein, M. d. R.

Im Februar soll dem Reichstag die lang angekündigte Novelle zum Kaligesez zugehen. Freilich, der Bundesrat muß erst Beschluß darüber fassen. Und nach den Mitteilungen, die am Donnerstag in der Budgetkommission gemacht worden sind, darf man schließen, daß bei den einzelstaatlichen Regierungen recht starke Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen. Eine Novelle — wurde erklärt — sei eine unbedingte Notwendigkeit, denn so wie jetzt dürfe es unmöglich weitergehen. Unter dem Schirm des Gesetzes, der jedem neuen Werk eine Quote, jedem alten bei der Erweiterung seiner Anlagen eine Quoten-erhöhung gewährt, der einen sehr hohen Preis für das Kali sichert, sei eine so ungesunde Vermehrung der Schwächte eingetreten, daß nicht nur eine Verschwendung von Kapital in gewaltigem Umfange eintrete, sondern mit Verwässerung der Quoten auch die Produktionskosten enorm stiegen und zur Erlangung einer rationalen Quote für die alten Förderanlagen die Werke neue Anlagen schaffen müßten, die sie gar nicht auszunutzen bezweckten, sondern für die sie lediglich eine Quote haben wollten.

Seit Erlaß des Kaligesezes bestanden 69 Werke. Am 1. Dezember 1912: 116, am 1. Dezember 1913: 160, und weitere 44 sind im Abteufen begriffen, so daß am Ende des Jahres 204 Werke in Förderung stehen dürften. Da nun vor Erlaß des Kaligesezes das damalige Kalisyndikat wesentlich um deswillen zusammenbrach, weil infolge seiner falschen Preispolitik unheimlich viel Werke entstanden waren, also bereits damals eine enorme Fähigkeit zur Überproduktion bestand, die den Werken jede vernünftige Ausnutzung ihrer Anlagen unmöglich machte, so kann man sich einen Begriff machen, wie enorm ungünstig gegenwärtig die Ausnutzung der Anlagen ist. Von Seiten des Unterstaatssekretärs Richter wurde unumwunden zugegeben, daß in der Kaliindustrie ein außerordentlich schwerer Notstand herrsche. Einen solchen wollte doch aber das Kaligesez gerade beseitigen. Freilich nur Leute, die nicht sehen wollten oder die sich wirtschaftliches Denken durch langjährige Übung abgewöhnt hatten, konnten so etwas annehmen.

Es ist von mir und meinen Freunden bei der Beratung des Kaligesezes Punkt für Punkt die unglückliche Wirkung, die das Gesetz ausüben müsse, vorausgesetzt worden. Man hat damals nicht hören und nicht glauben wollen, und die Industrie, die in unbegreiflicher Verblendung nach einem derartigen Gesetz schrie, hat jetzt die schweren Folgen zu tragen. Man wird die Verantwortung für dieses gesetzgeberische Vorgehen nicht den Reichsämtern zuschieben dürfen. Von Preußen aus — gegen die aus dem Staatssekretariat des Innern geltend gemachten Bedenken — ist die Vorlage eingebracht worden. Kein Staatssekretär, keiner der ihm unterstellten Beamten hat dieselbe vertreten oder verteidigt. Das tat ausschließlich der brennende Handelsminister Herr Sydow oder richtiger sein Ministerialdirektor für das Bergwesen, der Oberberghauptmann v. Belsen, der der eigentliche Schuldige bei diesem unerhörten gesetzgeberischen Fehler gewesen ist. Freilich, seit das Gesetz in Kraft getreten ist, hat weder der eine noch der andere es jemals für notwendig gehalten, sich bei den alljähr-

lich im Reichstag darüber entspinrenden Debatten einmal sehen zu lassen. Jetzt muß das Reichsamt des Innern ständig die Suppe ausessen, die ihm Preußen eingebracht hat, und man kann nur begierig sein, ob sich die preussischen Herren Vertreter zur Begründung der in Aussicht gestellten Novelle im Reichstag sehen lassen werden.

Die Frage, ob eine Novelle notwendig ist, wird bestritten. Aus Interessentkreisen wird erklärt, daß das Syndikat auf dem Wege der Selbsthilfe die nötige Einschränkung in Erweiterung und Neuanlagen von Werken vornehmen werde. 170 Werke haben sich verpflichtet, solche bis 1919 nicht vorzunehmen. Aber da bleiben noch genug andere, bleiben vor allen Dingen auch Einzelstaaten, die fiskalische oder Werke mit fiskalischer Beteiligung gründen wollen, noch übrig, so daß eine Sicherheit gegen Neugründungen, wie sie ein gesetzliches Verbot solcher von einem Stichtag ab in der Form, daß diesen Werken keine Beteiligungsziffer gewährt würde, geben könnte, nicht besteht. Freilich ein solches Gesetz ist ein schwerer Eingriff in wohlverordnete Privatrechte. Aber man wird kaum noch vor einem solchen zurückzureden dürfen bei der unerhörten Überproduktion, die Platz gegriffen hat. Allerdings ist in den letzten 1 1/2 Jahren eine Stagnation in der Gründungstätigkeit eingetreten, die auf die Notlage zahlreicher Kaliverke einerseits, auf die ungünstigen Verhältnisse andererseits zurückzuführen ist. Aber letztere können verhältnismäßig rasch vorübergehen und bei der Kurzsichtigkeit des anlagejüchenden Publikums, bei der Skrupellosigkeit der Kaligründerpresse ist es nicht ausgeschlossen, daß wieder auch in Zukunft mit glänzenden Prospekten Dumme gefunden werden. Es ist daher ausgeschlossen, die divergierenden Interessen in der Kaliindustrie durch Selbsthilfe unter einen Hut zu bringen.

Unbedingt notwendig aber ist es, der weiteren Quotenverwässerung zu steuern, welche eine fortwährende Steigerung der Produktionskosten im Gefolge hat, da auch im Ausland in letzter Zeit Kunde gemacht worden sind, welche die Ansicht, daß Deutschland ein Monopol in Kalisalz besitze, bedenklich erschütterte. Entwickelt sich aber im Ausland eine Kaliindustrie, so begegnet die deutsche auf den ausländischen Märkten dem Wettbewerb der Auslandswerke und ist außerstande, die jetzigen Auslandspreise aufrechtzuerhalten, die auch regierungsgemäß als „übertrieben hoch“ bezeichnet werden. Ohne fortwährende Steigerung des Auslandsabzuges aber würde die Situation der heimischen Kaliindustrie noch viel bedrohlicher werden. Es ist übrigens interessant, daß, während 1910 mit aller Bestimmtheit versichert wurde, bawürdige Kalivorkommen würde es im Ausland nie geben — eine Meinung, die ich aufs nachdrücklichste bekämpft habe — jetzt offen die Befürchtung zugegeben wird, daß man im Ausland bawürdige Kalilagerstätten gefunden hätte.

Eine Kaligeseznovelle kann die furchtbaren Schäden, die das Kaligesez angerichtet hat, nicht wieder gut machen. Sie kann einzelne Milderungen der ungeheuren Entwicklungen bringen und verhüten, doch weiter unnütz Kapital in die Erde geworfen wird. Bei der Notlage der Industrie darf sie absolut nicht fiskalische Zwecke verfolgen, was übrigens auch nicht in der Absicht der Verbündeten Regierungen liegt. Niemand aber soll sich der Hoffnung hingeben, daß die Krise, welcher der Kalibergbau unrettbar zusteuert, damit besworen werden kann, denn zu schwere Taten sind geschehen.

Die Politik der Woche.

Die Hoffnung, daß die Erregung über die Zabern-Affäre allmählich abflauen werde, hat sich bis jetzt leider nicht erfüllt, und auch in den Parlamenten sind die leidenschaftlichen Debatten über die befallenen Vorgänge in den Reichsländern fortgesetzt worden. Die schärfsten Töne wurden dabei natürlich im elsass-lothringischen Landtag angeschlagen, und im preussischen Abgeordnetenhaus haben diese Erörterungen zu einem scharfen Auseinanderprallen zwischen Rechts und Links geführt, während die Beratung der im Reichstag erneut eingebrachten Interpellationen auf den Wunsch des Reichskanzlers bis zur nächsten Woche vertagt wurde.

Ein eigenartiges Duell hat sich in dieser Woche zwischen dem deutschen Reichstag und dem preussischen Herrenhaus abgespielt, in welsch letzterem Graf Forst von Wartburg einen der Art wie der Form nach gleich ungewöhnlichen Vorstoß gegen die deutsche Volksvertretung gemacht hatte, der er Mangel an nationaler Gesinnung vorgehalten für angebracht erachtete. Diese Anzuspung ist von dem Präsidenten des Reichstags, Dr. Kamps, in einer ebenso entschiedenen wie würdigen Erklärung zurückgewiesen worden, welche, unter Zurückstellung aller politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien, eine in diesem Hause ganz ungewöhnlich einmütige Zustimmung fand. Allgemeines Aufsehen hat auch die scharfe Auseinandersetzung zwischen dem leitenden Staatsmann und den Konserverativen im preussischen Abgeordnetenhaus erregt, die sich im Rahmen der Staatsdebatte abspielte. Herr v. Weismann-Hollweg hielt den Rednern der Konserverativen, die ihm mangelnde Führung und Zurückweichen vor dem Reichstag in den Steuerfragen zur Last legten, mit bemerkenswerter Entschiedenheit vor, daß die Schuld vielmehr auf ihrer Seite läge, weil sie die Regierung hierbei völlig im Stich gelassen hätten. Es bleibt abzuwarten, ob diese von dem leitenden Staatsmann mit ungewöhnlichem Nachdruck geführte Abrechnung noch weitere politische Folgen zeitigen wird.

Auch auf dem Gebiet der auswärtigen Politik ist Herr v. Weismann-Hollweg nicht frei von Sorgen, und insbesondere die russischen Treibereien gegen die deutsche Militärmission in der Türkei werden vielleicht nicht ganz so leicht genommen, als die deutschen Offiziere es aus diplomatischen Gründen darstellten. Wenn man auch den Standpunkt respektieren will, daß es sich hierbei um eine innere türkische Angelegenheit handelt, so ist doch füglich nicht zu bestreiten, daß die Regierung des Reiches der Pforte gegenüber einen Erfolg erzielt hat, als diese den General Liman von Sanders vom Kommando des ersten Armeekorps zum Marschall und Generalinspekteur beförderte, eine Maßnahme, die von den türkischen Offizieren mehrwärtigerweise eine Zeitlang erfolglos demontiert wurde. Daß am Goldenen Horn zurzeit eine gewisse Direktionslosigkeit herrscht, ging auch aus der unglücklichen Abberufung und ebenso plötzlich erfolgenden Wiedereinsetzung des türkischen Votschafters in Berlin, Rahmud Rulhfar, in sein Amt hervor.

Es bleibt abzuwarten, ob die in der Frage der Militärmission hervorgetretenen Gegensätze zwischen Dreihund und Dreizehnhund nicht auch die befriedigende Lösung der Inselfrage erschweren werden, die jetzt nach der Abtreichung der Dreihundnote in das entscheidende Stadium getreten ist. Eine salbenartige Beilegung dieses griechisch-türkischen Konfliktes scheint um so dringender geboten, da die Verhältnisse in Albanien, wo die provisorische Regierung den Antrieben der vertriebenen Paschas machtlos gegenübersteht, allgemach trotz der Siege über Essad-Paschas Wunden unheilbar werden. Jedenfalls wird der Prinz zu Wied die größten Schwierigkeiten zu überwinden haben. Auch sonst schiebt es auf dem Balkan recht unfreundlich aus. In Bulgarien hat sich das

Nachdruck verboten

Der Ruff.

Was braucht die Frau jetzt am allernötigsten? „Ein Luffalleid.“ — Falsch! „Ein Parfifal-Billet.“ — Nein! Nun, ich werd's Ihnen sagen: Einen Ruff. Ob er aus Stahnenfell oder aus Hermelin besteht, — einen Ruff muß man haben. Dafür ist man eine Frau. Die arme kleine Francine in Murger's „Böhme“ träumt noch im Sterben von einem Ruff, den sie einmal in einer Auslage gesehen hat, einem billigen Ruff, in dem sie ihre verkorenen Griesettenhändchen wärmen konnte. Und als es zu Ende geht, erhält sie von ihrem Freunde endlich dieses heißbegehrte Ding, das sie zärtlich freischiel: und das die letzte Freude ihres jungen Lebens bleibt.

Solche kleinen Tragödien gibt es nicht nur bei den Dichtern, sie werden auch täglich erlebt. Eine Gerichtsnotiz berichtet kürzlich über eine andere arme Pariserin, die in einem Warenhause der Versuchung nach einem Ruff nicht hatte widerstehen können und mit ihren kleinen Händen „lange Finger gemacht“ hatte. Man brachte sie auf die Polizei und vor das Gericht. Bei solchen Warenhausdiebstählen bisher Unbescholtene lassen die Pariser Richter gewöhnlich Gnade für Recht ergehen, und so hoffte auch Mademoiselle Duclin, zu Gefängnis „mit Luffschub“ verurteilt zu werden, das heißt zu einer Strafe, die man nur im Falle einer er-

neuten Beurteilung zu verbüßen hat. Aber es kam anders. Der Gerichtshof verurteilte die Kleine zu vier Wochen Gefängnis ohne Luffschub; sie glaubte, die Schande nicht überleben zu können, und schoß sich vor ihren Richtern eine Kugel ins Herz — um einen Ruff!

Es ist sehr unpraktisch von diesen beiden jungen Damen gewesen, den Erwerb eines Ruffs mit dem Tode zu besiegeln. Viel hübscher und vernünftiger ist es, damit zu leben! Denn der Ruff ist ein wertvolles, unerfetzliches Kleidungsstück für die Frau, beinahe ebenso notwendig wie der Hut. Und vielleicht ist er der einzige Vorzug, den die weibliche Toilette heute vor der männlichen voraus hat. Ich muß offen bekennen, daß ich mir schon manchemal wünsche, „so ein lieb Ding im Arm zu haben“. Kann man seine Hände denn besser warm halten als in einem Ruff? Es ist sicher anzunehmen, daß diesen Wärmehalter gerade die Engländer und Skandinavier erfunden haben, und unsere Jäger können bei strengem Frost noch heute nicht ohne diesen nützlichen Gegenstand auskommen. Auch als Behältnisse für taugend Kleinigkeiten ist der Ruff nicht zu unterschätzen. Portemonnaies, Taschentücher, Puderpöschchen, Riechfläschchen, Liebesbriefe, Rämmchen, Zwerghündchen, Hauschlüssel, Pralinen — dies und noch anderes findet darin ein bequemes Unterkommen. Und dann: man weiß seine Hände zu lassen, wenn man einen Ruff trägt. Es ist wirklich nichts so schwer im Leben, als von seinen Händen immer den rechten Gebrauch zu machen. (Wenn ein junger Schauspieler gelernt hat, richtig mit Armen und Händen zu gestikulieren, so hat er ausgelernt.) Vielleicht

ist manche Verlobung, manche Urmarmung, mancher Liebesbund nur deshalb zustande gekommen, weil „Sie“ gerade einen Ruff bei sich hatte. Wenn man die Hände im Ruff hat, kann man mit den Händen natürlich weder reden noch fragen und ist viel mehr auf die Sprache der Augen angewiesen. Man ist dann so entzückt wehrlos — wenn man will.

Es versteht sich von selbst, daß unsere Gelehrten über die Entstehung des Ruffs ganze Bücher geschrieben haben; aber sie haben dennoch nicht herausbekommen, wann der Ruff eigentlich erfunden ist. Ich finde das ganz begreiflich, denn dergleichen Dinge entwickeln sich eben ganz allmählich. Ebensovienig wie man von einer Geburtsstunde des Bettes reden kann — denn irgend einen Pfahl, auf dem er sein müde Haupt niedergelegt, hat der Mensch immer gehabt —, ebensovienig kann man natürlich den Ruff von einer bestimmten Stunde an datieren. Wahrscheinlich hat einmal ein ingenieuser Armenisch, dem es kalt wurde, seine Föten in sein einziges Bekleidungsstück gewickelt — in den Polzfürz, den er um die Lenden trug. Und als es am nächsten Tage wieder bitterkalt war, mag er gleich beim Ausgange einen Zipfel seines Lendenschnur mit ein paar Dornen zusammengeknüpft haben. Sein Weib war vielleicht, was ja eigentlich selbstverständlich ist, noch um einige Grade kühler als er und hat möglicherweise einen besondern Polzfürz, eigens nur für die Hände, zusammengerollt: die Urform des Ruffs war damit gefunden. Dwar behaupten die Historiker, daß der Ruff erst gegen das Ende des 15. Jahrhunderts in Italien zur Welt gekommen

Kabinettsratskommission zur Auflösung der Sobranje...

Karminnachrichten von überall her. In Regio, wo das...

Deutsches Reich.

Der neue Leiter der Bekannlichkeitsmission. Die Ver-

Zur Abrechnung des Reichszuschusses für die olympischen...

Falsche Mittel. Die „Eisenacher Zeitung“ berichtet...

Heer und Flotte.

400 Kurstellen für ehemalige Unteroffiziere und Sol-

sei, oder auch ein Jahrhundert später in Paris (es kommt ja...

Ich kann mir auch nicht denken, daß die Frauen das...

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch einem weitver-

gesamt 824 betragen. Davon entfallen auf Preußen 540,

Schiffbewegungen. Eingetroffen: E. M. S. „Gondar“...

Ausland.

Frankreich.

Das Defizit im Etat für 1914. — Neue Anleihen.

Die Wahl des Abbe Lemire zum Vizepräsidenten. CL.

Noch eine neue Parteigruppe. Paris, 16. Jan.

England.

Keine Verständigung in der Homerulefrage. Bristol,

Portugal.

Der Eisenbahnerstreik. Lissabon, 15. Jan.

Eisenbahnen des Nordostens, wo die Bahnangehörigen streiken...

Italien.

Die Suche nach dem Testament Rampollas. Rom,

Türkei

Der deutsche Generalkonsul in Jerusalem über den...

Ein Aufruf Enver-Paschas an die Armee. Konstanti-

Marokko.

Zum beabsichtigten Bau einer Bahnlinie Tanger-Fes.

Rabat als Sitz des französischen Generalkonsulats.

Paris, 16. Jan. Die Regierung wird dem Kommerz-

Rubinstein, eine römische Lampe in der Hand tragend, hin-

Wissenschaft und Technik. August Weismann, der

Die Fortschritte des Esperanto werden auf dem dies-

Rus Kunst und Leben.

Bildende Kunst und Musik über Richard Strauß

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Die Gemüsegärtner und die Zölle.

Unsere Gemüsegärtner erstreben geringe Schutzzölle auf Treibgemüse, weil sie die nicht immer auf der Höhe stehende Konkurrenz des Auslandes als geradezu ihre Existenz gefährdend empfinden, und weil sie der Meinung sind, nur so ihre wirtschaftliche Existenzfähigkeit erhalten zu können. Zu dem Zweck eines Meinungsaustausches nach dieser Richtung war auf Donnerstagabend in dem Parterresaal des Restaurants zur „Warburg“ von dem „Verein der Wiesbadener Handlungsgärtner“ zu einer Versammlung eingeladen worden; und der Einladung hatten etwa 100 Interessenten entsprochen. Als Vertreter unserer Landwirtschaftskammer war deren Generalsekretär Landesökonomierat Müller erschienen, ferner waren anwesend Landesökonomierat Direktor Siebert (Frankfurt a. M.), der Vorsitzende der Deutschen Gärtnereiverbände Herr Emil Veder (Wiesbaden), der Sekretär der Nationalliberalen Partei Herr Anding, Rektor Breidenstein von der Fortschrittlichen Volkspartei usw. Gärtnereibesitzer Wittmann, welcher die Verhandlungen leitete, machte darauf aufmerksam, wie wenig die Interessen der Gärtner in den bestehenden Handelsverträgen gewahrt seien, wie dringend nötig Schutzzölle auf Treibhausgemüse seien, und wie die heutige Zeit der Vorbereitung neuer Handelsverträge als die beste Gelegenheit erscheinen müsse, Wandel zu schaffen. Die angeführten Zollsätze seien eminent. Heute würden in der Saison zeitweilig 25 Waggon Frühsalat aus dem Ausland nach Mainz verschifft, um von dort den ganzen Markt zu überschwemmen. Zugute komme den Verkäufern dabei die große Vorliebe der Deutschen für Auslandsware. In Holland könne die Gärtnerei auf jeden Schutz der Staatsregierung rechnen, nur bei uns in Preußen sei dem nicht so. Der selbständige Gärtner bei uns hänge 18 Stunden des Tages mit Frau und Kind ab, ohne mehr dabei zu erschwinnen als das zum Leben unbedingt Nötige. Darin müßte Wandel geschaffen werden. In der Besprechung verließ auch der Vorsitzende der Berufsvereinschaft Herr Veder seinem Bedauern über die geringe Berücksichtigung Ausdruck, welche die gärtnerischen Interessen bei uns fänden, und verweist auf die ungünstigen Produktionsverhältnisse unserer heimischen Gärtner. Ein Referat des Gärtners Schwabig aus Schierstein behandelte die Produktion der Gemüsegärtnerei in hiesiger Gegend. Nach ihm gibt es in Wiesbaden und seiner näheren Umgebung etwa 170 Gemüsegärtner, welche etwa 150 Hektar Boden bewirtschaften und etwa 100 000 Quadratmeter Glas dabei verbrauchen. Der früher hier noch viel konsumierte Salat ist mehr und mehr durch den Pariser Kopfsalat verdrängt worden, obwohl dessen Geschmack trotz des teuren Preises kaum ein besserer ist. Eine Kasematte am Platz besteht darin, daß die Vertreter der Auslandshändler ihren Händlerabnehmern unnatürlich hohe Kredite einräumen. Dabei steht unsere heimische Gemüsegärtnerei voll auf der Höhe, was sogar von Staatsbehörden ausdrücklich anerkannt ist. In Schierstein bestehen größere Champignonkulturen, und Krudersachen werden als Spezialität gezogen. Gurken, welche früher mit 40 bis 60 Pf. bezahlt wurden, gelten heute 10 bis 50 Pf. Es fehlt am Absatzgebiet. In Mainz auf dem Wochenmarkt werden holländische Gurken zu jedem Preis verkauft. Innerhalb von 10 Jahren sind bei uns die Gärtnereiprodukte im Preise auf ein Viertel gesunken. Auf dem Mainzer Wochenmarkt machen unsere Wiesbadener Gärtner den heimischen eine größere Konkurrenz als selbst das Ausland. Die hohen Preise, über die das Publikum so oft Klage führt, kommen nicht den Gärtnern, sondern den Zwischenhändlern zugute. Bekanntlich ist von unserer Landwirtschaftskammer ein siebenköpfiger Gärtnereiausschuß gebildet worden. Damit scheinen die Gärtner wenig zufriedengestellt. Sie verlangen, daß, wenn nicht alle Hauptzweige der Gärtnerei, so doch die hervorragendsten unter ihnen bei der Bildung des Ausschusses berücksichtigt werden. Das Resultat eingehender Erläuterungen, welches Landesökonomierat Müller gab, waren Jugendstudien von der verschiedensten Seite, daß man zur Abbringung der Kosten für die Vergößerung des Gärtnereiausschusses nach gangbaren Wegen suchen werde. Im weiteren gingen in die Besprechungen ein: Landesökonomierat Siebert, Gärtner Kaiser (Schierstein), Emil Veder (Wiesbaden), Parteisekretär Anding (Wiesbaden), Gärtner Bräuner (Wiesbaden), Rektor Breidenstein, Wiedmann (Wiesbaden), Möding (Wiesbaden) usw. Zum Schluß wurde ein Antrag gestellt, monoch an den hiesigen Magistrat das Ersuchen gestellt werden soll, einen Betrag in Höhe von 500 M. zu Zwecken der Förderung des Gemüsebaues zu bewilligen. Zur Abstimmung über den Antrag kam es nicht, vielmehr soll derselbe auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung des „Gartenbauvereins“ gebracht werden. Die Versammlung schloß nach dreistündiger Dauer nach Mitternacht.

Zur Besetzung der Stelle des Stadtschulrats erhalten wir ferner folgende Zuschrift: „Nach den beiden Artikeln zu urteilen, durch die zu der obigen Angelegenheit im „Wiesbadener Tagblatt“ Stellung genommen wurde, scheinen gewisse Befürchtungen für eine ersprießliche Erledigung der Angelegenheit nicht unbedeutend zu sein. „Magistrat der Stadt Wiesbaden, sehe zu, daß das Volksschulwesen seiner Gemeinde keinen Schaden nehme!“, so schloß der Artikel in der vorerwähnten Abendausgabe. Nach umgehenden Gerüchten zu schließen, ist dieser Warnungsruf nur zu berechtigt. Nicht, als ob die städtische Behörde in rechter Würdigung der Angelegenheit nicht auf der Hut sei. Immerhin aber könnte es vorkommen, daß Männer, die zwar das Beste wollen, die Volksschule aber nur vom Hörensagen kennen, Einflüsterungen zugänglich gemacht werden, die im vorliegenden Fall nichts Gutes im Gefolge haben können. Der Direktor einer hiesigen höheren Lehranstalt, ein in Schule und Nebenämtern bereits vielbeschäftigter Herr, soll der städtischen Behörde die Versicherung gegeben haben, die Geschäfte eines Stadtschulrats vermöge ein Direktor im Nebenamt zu erledigen, für die Aufsicht der „Volksschulen“ könne ein hiesiger Rektor als Stadtschulinspektor berufen werden. Gegen die Auffassung der Amtspflicht eines Stadtschulrats, wie sie hier zum Ausdruck kommt, sollte die Wiesbadener Lehrerschaft mit Entschiedenheit Front machen. In ihr spricht sich eine Wertung des Wissens und der Bedeutung der Volksschule, einer der bedeutendsten Kulturveranstaltungen des Staats, aus, die in der bürgerlichen Verfassung der Verhältnisse begründet ist. Es bedeutet eine Annäherung sondergleichen, eine derartig wichtige und vielverzweigte Institution, wie das Volk- und Mittelschulwesen der Stadt Wiesbaden, so nebenbei im Nebenamt erledigen zu können. Das sollte sich die Wiesbadener Lehrer-

schaft energisch verbitten. Sie braucht keinen Herrscher mit allerlei bürokratischen Qualitäten, sondern — wie bereits gesagt wurde — einen Berater und Mitarbeiter, dem so viel demokratisches Blut in den Adern fließt, daß er den Vorhülsen nicht für zu gut hält, sich neben das Kind armer Eltern zu setzen. Wenn nun gar der von dem Magistratsberater als Stadtschulinspektor in Aussicht genommene Rektor Geist wäre vom Geist seines Herrn, dann wehe dir, Wiesbadener Volksschule. Darum nochmals: Magistrat der Stadt Wiesbaden, Sorge, daß dein Schulwesen keinen Schaden nehme.“

Gesandter v. Reichenau, bekanntlich ein Wiesbadener, der bis vor kurzem bei seinen hiesigen Verwandten zu Besuch weilte und sich nur einige Zeit in Berlin aufhielt, war mit seiner Gemahlin (einer Tochter der Frau Hugo Peipers hier) am Donnerstag im Neuen Palais zu Potsdam zur kaiserlichen Tafel geladen. Herr v. Reichenau vertritt gegenwärtig das Reich in Stockholm.

Beerbignung. Ein eifriger Förderer des Wiesbadener Kranken- und Sterbelaßenwesens, Herr Heinrich Kaiser, wurde am Mittwoch unter zahlreicher Beteiligung zur letzten Ruhe gebettet. Der aus dem Leben Geschiedene war 27 Jahre erster Vorsitzender der „Allgemeinen Sterbelaßen“ und noch länger tätiges Mitglied des „Allgemeinen Krankenvereins“, in welchem er ebenfalls lange Jahre bis zu seinem Tode erster Vorsitzender war. Trotz mancher Gegenströmungen hat er in uneigennützigster Weise dazu beigetragen, letzteren Verein zu erhalten, so daß derselbe die jetzt eingetretene Umwandlung in eine Zuschußkasse leicht ertragen und seinen langjährigen Mitgliedern eine weitere Unterstützung im Krankheitsfall gewähren konnte. Ein dankbares Andenken wird dem Verdienstlichen in den beteiligten Kreisen bewahrt werden.

Ein großer Menschenauflauf entstand am Dienstag in der Mittagsstunde in der Zimmermannstraße dadurch, daß ein dortiger Einwohner mit seinem Sohn eine Auseinandersetzung hatte, wobei der junge Mann zu einem gefährlichen Werkzeug griff. Bald war er von einer Anzahl Personen umringt, so daß derselbe die jetzt eingetretene Umwandlung in eine Zuschußkasse leicht ertragen und seinen langjährigen Mitgliedern eine weitere Unterstützung im Krankheitsfall gewähren konnte. Ein dankbares Andenken wird dem Verdienstlichen in den beteiligten Kreisen bewahrt werden.

Personal-Nachrichten. Die Telegraphengehilfin Fräulein Sild in Eoden ist freiwillig ausgeschieden.

Ordnungsbezeichnung. Wie der „Reichsanzeiger“ meldet, ist dem Geh. Hofrat v. Graumann in Wiesbaden der Kronenorden 2. Klasse verliehen worden.

Tagblatt-Sammlungen. Dem Tagblatt-Verlag gingen zu von Ungenannt für Sommerpflege armer Kinder 1 M.; von Widmann zur Speisung bedürftiger Schulkinder 50 M.

Meine Notizen. Der dem Schriftsteller Gröthe verliehene Orden ist der montenegrinische Danilo-Orden (nicht der bairische Danneberg-Orden).

Dorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

Königliche Schauplätze. Die Reihenfolge der Abonnementsbuchstaben für die nächste Woche ist folgende: Sonntag A. Montag B. Dienstag C. Mittwoch D. Donnerstag A. Freitag D. Samstag C. Sonntag B. Montag C. Dienstag A.

Reichens-Theater. Ein interessantes Gastspiel sieht für die nächste Woche bevor: Luise Willa, die hier so beliebte unbegleitete Künstlerin, gastiert zum erstenmal am Reichens-Theater und bringt zwei hier noch nicht gespielte Rollen zur Darstellung: am Dienstag „König Karna“ in Weckerlinds gleichnamigem Schauspiel und am Donnerstag die „Beate“ in Sudermanns pathendem Drama „Es lebe das Leben“. Dugend- und Fünftakter haben zu diesen beiden Vorstellungen seine Willigkeit, der Vorverkauf beginnt heute Freitag.

Kurtweat. Heute Samstag geht zum letztenmal der lustige Schwanz „Ein solches Leben“ in Szene. Am Sonntag finden zwei Vorstellungen statt: nachmittags 3/4 Uhr wird zu kleinen Preisen „Fräulein Ober“ zum letztenmal aufgeführt und abends 8 Uhr ist die Premiere des dreitägigen Lustspiels „Seine Geliebte“ von Paul Armout, deutsch von Erich Roth. Das amüsante Stück erlebte bei der Aufführung am Berliner Trianon-Theater einen durchschlagenden Erfolg. In den Hauptrollen sind die Herren Bronsch, Kömer, Sudaner, Ruffacher und Vogel und die Damen Krüger, van der Vich, Nedal und Weissenauer besetzt.

Musik- und Vortragsabende.

Am Montag, den 12. Jan., fand der erste diesjährige Stimkreisabend statt, wie immer in den Räumen des „Reichens-Theaters“. Der Vorstand der hiesigen Ortsgruppe des Landesverbandes Sassen-Nassau hatte Baroness v. Wittam, eine Vorkämpferin der deutschen Frauenbewegung zum Vortrag gewonnen. Die Frauenbewegung und ihre Gegner“ hieß das Thema, das der Vortragenden Gelegenheit gab, Interessantes aus ihren jahrelangen Erfahrungen und Beobachtungen in der Frauenbewegung vorzutragen. Sie sprach von den vielen Kämpfen und Anfeindungen, auf die jeder Frauenfortschritt stieß, nicht nur bei Männern, sondern auch bei dem eigenen Geschlecht. Wie aus ihr, nachdem die Stellung der Frau im allgemeinen freier geworden ist, nach viel zu tun übrig bleibt um ihre Lage rechtlich und im öffentlichen Leben würdig zu gestalten. Die Rednerin führte in Beispielen an, wie unwürdig die Lage mancher Frauen in der Ehe und dem Kind gegenüber ist, infolge der Geschöpfung, die sie liberal (nur nicht im Strafrecht) benachteiligt. Die geistvollen und inhaltreichen Ausführungen fanden lebhaften Beifall bei dem zahlreich erschienenen Publikum. (Ohne Gewähr.)

Am Mittwoch sprach an dem Vereinsnachmittag des Vereins Frauenbildung — Frauenstudium Frau Reben über „Entalkation der Vereinsstätigkeit“. Die Rednerin führte aus, wie in der ganzen Entwicklung der Menschheit die Tendenz herrsche, sich zusammen zu schließen. Die einzelnen Individuen schließen sich zur Familie, die Familie wieder zum Staat zusammen. Es ist die Erwägung, daß durch Gemeinamkeit die Tätigkeiten des einzelnen zu starker Wirkung vervollständigt werden kann und Schwierigkeiten leichter überwunden werden. Derselbe Erwägung drängt auch im modernen Leben immer mehr zur Vereinigung. Die Rednerin exemplifizierte auf die jetzt haltlose Grundung einer Zeitschrift für Frauenbildung hier in Wiesbaden. Sie erläuterte, wie viel Mühe, Zeit und Geld die einzelnen Vereine und Organisationen waren, wenn alle haben an einer Zentralstelle zusammenlaufen. Sie betonte dann, daß es ebenso wünschenswert wäre, wenn es gelang, auch die Wiesbadener Frauenvereine aufzuklären. Der Vortrag gab den Anwesenden ein anschauliches Bild von den Gründen und Zielen der hier schon geschaffenen und noch geplanten Zentralisation, wofür sie der Rednerin mit herzlichem Beifall dankten, der auch ihrem erheblichen Anteil an den Arbeiten für diese Zusammenkünfte galt. (Ohne Gewähr.)

Der geistige Vortrag des Dr. med. Rühlstädt aus Gießen über das Wunderland der Dolomiten brachte dem Kaufmännischen Verein wieder einen vollen Erfolg. Ein bester Saal, ein angenehmer, humorvoller Redner, unbeschreiblich schöne scharfe Bilder und dazu das hochinteressante Thema, mehr konnte man nicht verlangen. Wer die Dolomiten noch nicht aus eigener Anschauung kennt, in dem müßte nach dem gestern Gesprochenen und Gezeigten die Sehnsucht erwachen, auch einmal dieses Wunderland zu be-

treten, und die, welche es kennen, sie beständig ein lautes Heimweh nach den mächtigen Bergriesen, den herrlichen Tälern und Wäldern! Als gar der bekannte Alois Schenk mit einem Teil seiner 14köpfigen Familie vor seinem Hofes-Birchhaus den vorüberziehenden Redner begrüßten, auf der Leinwand erschien, gab es für viele einen Moment freudigen Wiedersehens mit den stets freudigen Wirtheuten. Gerade das Gionne-Tal, in welchem genanntes Birchhaus liegt, empfahl Dr. Rühlstädt als günstigste Terrain für Wintersport, da dort die Lawinengefahr eine sehr geringe sei. Praktisch waren die Lichtbilder ohne Ausnahme, aber ganz besonders sind dabei mehrere um Mitternacht bei Mondenschein gemachte Aufnahmen zu erwähnen, die den Tagesschildern in nichts an Schärfe und Deutlichkeit nachgeben. Ein geradezu entzückender Beifall lohnte und ehrte die Ausführungen des Redners. (Ohne Gewähr.)

Aus dem Vereinsleben.

Dorberichte, Vereinsversammlungen.

Der „Männerturnverein“ unternimmt am Sonntag, den 18. Jan., eine Wanderung über den Feldberg nach Glashütten, Schloßborn und Niederrhausen. Abfahrt nach Königsstein früh 6 56 Uhr.

Die Wiesbadener Carnevalsgesellschaft, gear 1908, hält am Sonntag, den 18. Jan., im Saalbau „Neue Adolphshöhe“ ein Kappenfranzögen mit Tanz ab.

Der Frauenverein der Lutherkirchengemeinde, E. B., hält eine außerordentliche Mitgliederversammlung am Freitag, den 20. Jan. d. J., abends 6 Uhr, im Konfirmandensaal 1 der Lutherkirche ab.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

Diebrieh, 15. Jan. Die Entwicklung der städtischen Starke war im abgelaufenen Jahre eine äußerst günstige. Der Nettoertrag betrug in dem abgelaufenen Jahre 18540 M. 88 Pf. Im Geschäftsjahr 1913 ist der Sparrentagenbestand von 4 400 000 M. auf 5 400 000 M., der Umlauf im Spargeldschatz von 6 100 000 M. auf 8 500 000 M., der Gesamtjahresumsatz von 19 1/2 Mill. M. auf 23 1/2 Mill. M., der Verwaltungsumschuß von 11 000 auf 26 000 M. und schließlich der Nettoertrag von 4500 auf 18 500 M. gestiegen. — In der Generalversammlung des „Reichens- und Landwehvereins“ wurden folgende Herren, die satzungsgemäß ausschieden, wiedergewählt: 1. Vorsitzender Emmerich Jüdena, Verwaltungsrat Burdard, Vereinsdiener Martin und 2. Beisitzer. Zum 1. Schriftführer wurde Harbt, zum 2. Wisel gewählt. Aus den Geschäftsberichten bleibt zu erwähnen, daß der Verein mit 8 Ehrenmitgliedern und 192 Mitgliedern in das neue Jahr eintritt, 28 Neuaufnahmen haben 11 Austritten gegenüber. An Unterstützungen hat der Verein im abgelaufenen Jahre an Notenden und Witwen solcher 870 M. bezahlt. Den Gesamteinnahmen von 1617 M. 11 Pf. stehen 1445 M. 21 Pf. an Ausgaben gegenüber. Der Überschuß beträgt 171 M. 90 Pf. Der Verein wird im April d. J. sein 30jähriges Stiftungsfest feiern — In der Jahreshauptversammlung des Männergesangsvereins „Reichensgold“ wurde folgender Vorstand gewählt: Paul Urban 1. Vorsitzender, S. Reichel 2., Philipp Schmidt 1. Kassierer, B. Paulus 2., Emil Standop Schriftführer, S. Sander 2., Hubert Sander 1. und 2. Vize, S. Sander 2. Inventarverwalter, B. Standop, Wilh. Debus und Wilh. Schiner Beisitzer. Der Verein wird am 14. und 15. März d. J. seine Rabenwoche abhalten. Die Zahl der Mitglieder ist bereits über 100 gestiegen; davon 46 aktive. Den Einnahmen von 1448 M. 43 Pf. stehen 1910 M. 08 Pf. Ausgaben gegenüber, so daß ein Kasseeinstand von 138 M. 35 Pf. verbleibt.

Se. Schierstein, 15. Januar. Der königliche Kammerherr Landrat v. Heimburg hat für die am 31. Januar, 1. und 2. Februar in der hiesigen Turnhalle stattfindende 9. Allgemeine Geflügelausstellung das Protektorat übernommen. Nach den zahlreichen Anmeldungen und den vielen zur Verfügung gestellten Ehrenreihen und Gebrauchsgegenständen zu urteilen dürfte der alte Schiersteiner Geflügelverein mit einer erstklassigen Ausstellung an die Öffentlichkeit treten.

Nassauische Nachrichten.

S. Niederrhein, 15. Jan. Das in der Kirchstraße gelegene Kaufhaus des Holz- und Kohlenhändlers Martin Müller ging einschließlich des in dem Bestium betriebenen Geldschatz zum Preise von 64 000 M. in den Besitz des Kaufmanns Gruff aus Koblenz über. — Die Schwannstraße, an welcher das neu errichtete Schul- und Rathaus steht, wird gegenwärtig mit Kanalisation nach Einleitensystem Geiger-Rohr versehen. Nach Vollendung dieser Arbeiten wird die Gassenfläche „Schöne Aussicht“ kanalisiert, welche durch die von dem Architekten Karl Wirt (Wiesbaden) neuerrichtete Villa „Veriana“ des Rentners Hugo Lindgens einen weiteren Schmuck erhalten hat.

Hattenheim, 16. Jan. In der Rheinebene ist durch das zurzeit bestehende Hochwasser und die Kälte eine Eisbahn entstanden. Sie zieht sich zwischen der Grünau und der Chaussee vom Markobrunnen bis nach Hattenheim.

Ht. Aus dem Kreis Höchst, 14. Januar. Gegen das Abrennen von Feuerwerkskörpern und den Verkauf solcher an Personen unter 16 Jahren hat das Landratsamt eine begrüßenswerte Verfügung erlassen. Insbesondere wird das Abrennen solcher Körper auf den bestehenden Moskensbällen, wie überhaupt Tanzmusiken, bei ganz empfindlicher Strafe verboten. Den Gastwirten wird bei Zulassung des Unfalls die Entziehung der Erlaubnis zum Abhalten von Tanzvergnügen angedroht. Auch das öffentliche Feilbieten der Feuerwerkskörper wird den Hausierern verboten.

Königsstein a. L., 14. Januar. Heute abend fand im „Sokol Stern“ eine gut besuchte öffentliche Versammlung der Fortschrittlichen Volkspartei statt. Stadler Eduard Stern als Vorsitzender erteilte dem als Referenten erschienenen Provinzialsekretär Eduard Meißner das Wort, der über die letzten politischen Vorkommnisse im Reich und den Wehrbeitrag in interessanter und feinsinniger Weise sprach. Lebhafter Beifall lohnte den Redner für seine Bemühungen. In der kurzen, aber interessanten Diskussion fand der Referent Zustimmung und gab sich noch Gelegenheit, auf einige Fragen, den Wehrbeitrag betreffend, Auskunft zu geben. Nachdem noch einige örtliche und Vereinsangelegenheiten besprochen waren, wurde die Versammlung, die eine neue Stärkung des fortschrittlichen Vereins in Königsstein brachte, geschlossen.

Diess, 14. Januar. Unter der Leitung der Frau Pfarter Dreher Witwe fand gestern die Hauptversammlung des Vaterländischen Frauenvereins statt. Der Verein zählt demalen 177 Mitglieder. Satzungsgemäß die ausstehenden Vorstandsmitglieder nicht direkt wiedergewählt werden können, so sind durch die Ergänzungswahl folgende Frauen neu in den Vorstand gekommen: Frau Major Schmidt, Frau Bürgermeister Scheuren, Frau Wilhelm Mas, Frau Ernst Dinslage, Frau Heinrich Reuß, Frau Rechnungsrat Müller (Oranienstein). Der Verein hat auch im abgelaufenen Jahre seinen reich gewirkt. Laut Bericht ist der Fonds zur Erhaltung einer Kleinkinderschule um 2000 M. auf 11 450 M. gestiegen, so daß voranschreitlich demnächst mit dem Neubau begonnen werden wird.

S. Erbach (Westerwald), 15. Jan. Der Erdrutsch an der Marienberger-Grabenbahn ist zum Stillstand gekommen. Man hat viele Stellen in den Berggründen getrieben und am Ende derselben Luftschächte nach oben geführt.

Aus der Umgebung.

Emanuel Geißel Verfahren. Ht. Wachenbuchen (Kreis Hanau), 14. Januar. Nachforschungen des literaturhistorischen Professor Uhlmann aus Chemnitz haben ergeben, daß die Vorfahren Emanuel

Weißes hier in Buchendruck bereits im Jahre 1871 als Bauern anässig waren und bis Ende des 18. Jahrhunderts urkundlich festzustellen sind. Des Dichters Großvater wurde 1741 in dem jetzt noch vorhandenen Stammhaus geboren. Ein Zimmer des Hauses birgt sogar noch das Weißelche Familienwappen. Weißels Großvater wurde später Ratsherr in Hanau, sein Vater war Pfarrer in Lübeck, wo Emanuel am 17. Oktober 1815 geboren wurde. Der Dichter, dessen 100. Geburtstag im nächsten Jahr gefeiert wird, ist also als ein Kind Weissens anzusprechen.

FC. Frankfurt a. M., 16. Jan. Ein weiteres Sinken der Preise für Schweine auf dem Markt zu Frankfurt a. M. war zu konstatieren, und zwar um 2 Pf. das Pfund Lebendgewicht. Die Zufuhr: 1875 Schweine, die aus Oldenburg, Mecklenburg, den Provinzen Posen und Hannover abgetrieben waren, wurde bei gedrücktem Geschäftsgang nicht abgesetzt, da die Metzger zurückhaltend waren. Es verblieb Überstand.

m. Vom Mittelrhein, 15. Jan. Von einem bei Koblenz-Neuendorf vor Anker liegenden Schiff stürzte ein Mann in die Fluten des Hochwassers fahrenden Rheins. Trozdem auf die Hilferufe des Verunglückten ein anderer Schiffer mittels eines Ruchens sofort nach der Unfallstelle fuhr, gelang es ihm nicht, den Unglücklichen zu retten. Auch seine Leiche konnte bis jetzt noch nicht geborgen werden.

FC. Darmstadt, 16. Jan. Der langjährige Schriftführer des Landespferdegesundheitsvereins im Großherzogtum Hessen, Rittmeister a. D. Jenner, ein eifriger Förderer der Pferdezucht, verstarb hier plötzlich. Der Verstorbene war seit zehn Jahren auch Vorsitzender der Abteilung Pferdemarkt Darmstadt des Landespferdegesundheitsvereins.

S. Siegen, 15. Jan. Der Fuhrmann Krämer aus Weidenau wurde durch einen Zusammenstoß der elektrischen Kleinbahn mit seinem Fuhrwerk getötet. Die Pserde erlitten Verletzungen.

S. Witten (Sieg), 15. Jan. Einbrecher drangen in das Kontor des Elektrizitätswerks zu Hamm (Sieg) ein, um den Kassenkassenschrank aufzubrechen, was ihnen aber nicht gelang.

Gerichtssaal.

Giftmordprozess Hopf.

Fünfter Tag.

(Fortsetzung aus der gestrigen Abend-Ausgabe.)

S. u. H. Frankfurt a. M., 16. Januar.

Nach dem bereits erwähnten Gutachten des Sachverständigen Dr. Stegel wurden bei der Hausdurchsuchung in der Wohnung des Angeklagten im Schlafzimmer im Nachschub ein Glas mit 2 Gramm Zyankali gefunden, das schmelzende konnte etwa die Menge sein, die Hopf bei der Verschickung aus der Tasche genommen wurde. Auf dem Zyankalglas war von der Etikette die Firma abgetrennt. Ferner war im Schlafzimmer ein Strichpapierpräparat. In der Hausapotheke war ein Tropfglaschen mit Tollkirschenextrakt und eins mit Bittermandelbitter, ferner ein flüssiges Digitalis, ein aus Digitalis, dem Fingerhutgift hergestelltes Präparat. Im Arbeitszimmer fiel gleich ein auf einem Schränkchen stehendes Mikroskop auf, das wohl auch zur Beobachtung der Bakterien geeignet war. Ferner fanden sich, in Papier eingewickelt, einige Bakterienpräparate. Die Verpackung der Präparate war sehr unsauber, so daß von ernsthaften bakteriologischen Versuchen nicht die Rede sein kann. Die Präparate waren nur mit Anfangsbuchstaben bezeichnet, man erkannte, daß C. as. Cholera asiatica, ferner t. Typhus und m. Mollus (Koh) bedeuten sollte. In den Partierre gelegenen Zimmern fand sich ein buntes

Sammelfurium der allerstärksten Gifte,

daneben ganz harmlose Hausmittel. Karlsbader Salz stand beispielsweise neben Sublimat und Arsenik. Hingufand die Gifte gar nicht bezeichnet waren, so daß sie erst identifiziert werden mußten. An Giften wurden dort gefunden Morphin, Strichninin, Opiumtinktur, Kofain, Sublimat und andere Quecksilberpräparate, Stipolamin — eins der stärksten Gifte — und anderes mehr. — Vorsitzender: Zu welchen Zwecken haben Sie alle diese Gifte? — Angeklagter: Zu verschiedenen Zwecken. Morphin habe ich beispielsweise selbst genommen. — Vorsitzender: Und Stipolamin? — Angeklagter: Für die Hunde. — Der Sachverständige fährt fort: Nun begab man sich ins Souterrain. Dort befanden sich in den zur Verpackung verwandten Mehrzählröhren und in Waare verpackt die Röhren mit den Bakterienkulturen. Von den Röhren waren die Etiketten der Firma mit der genauen Bezeichnung der Kultur und der Warnung „infectiöses Material“ abgetrennt. Dafür hatte der Angeklagte Blanketiketten aufgesetzt und seine Abkürzungen — C. as. — Cholera asiatica, m. — Mollus, t. — Typhus — aufgeschrieben. In der ganzen Behausung war von einem Laboratoriumsbureau, mit dem der Angeklagte seine großen Bestellungen bei dem Wiener Institut motiviert hatte, nichts zu sehen. Die Chemikalien, die im Partierre gefunden wurden, waren sämtlich sehr alt, es kann also sein, daß der Angeklagte sie noch von früher hatte. Das Spermin, das der Angeklagte seinem Kind gegeben haben will, wurde nicht gefunden, ebensowenig die homöopathischen Mittel, die er seiner zweiten Frau gegeben haben will. — Angeklagter: Das lag alles sieben Jahre zurück. Die Mittel waren schlecht gemindert, ich habe sie darum fortgeworfen. Auch das Spermin, das ich 1906 bei dem Kind angewandt, war bei geworden, ich warf es daher bei einem Umzug fort. (Schluß f.)

Bachschisch in Köln.

S. & H. Köln, 15. Jan. Die Verhandlungen in dem Kölner Bachschisch-Prozess, die nun bereits länger als eine Woche dauern, gestalten sich sehr interessant, da eine ganze Reihe der von dem Angeklagten Redakteur der „Kölnischen Zeitung“ Sellmann aufgestellten Behauptungen über die Zustände bei der Kölner Polizei sich als wahr erweisen haben. — Der zunächst als Hauptzeuge vernommene ehemalige Kriminalkommissar Hannemann sagte u. a. aus, daß tatsächlich einmal für die Erteilung einer Wirtschaftskonzession 1000 M. gezahlt worden seien. Die bezüglichen Verfügungen des Polizeipräsidenten über die Annahme von Geschenken seien ihm nicht bekannt gewesen; wenn er sie aber gekannt hätte, würde er sich nicht darum gekümmert haben, es hätten sich auch andere nicht darum gekümmert und er habe deshalb keine Pflichtverletzung darin finden können. Der Zeuge schildert dann den Geschäftsgang bei der Erteilung einer Wirtschaftskonzession und sagt, er habe erfahren, daß die Polizeikommissare Rauk und Boitisch

einmal für eine solche Konzession 1000 M. erhalten hätten. In Brauereikreisen sei es allgemein üblich, nach Einreichung eines Konzessionsgesuches den betreffenden Polizeikommissaren einen größeren Geldbetrag oder einen Korb Wein zu schicken. — Eine Restaurationsfrau habe einmal geküffert, mit 20 M. sei bei der Polizei nichts zu machen, da müsse man schon „blaue Lappen“ nehmen. Drei Polizeikommissare, die unter dem Namen „Die heiligen drei Könige“ bekannt gewesen seien, hätten im Vergnügungspark wiederholt Selbstage veranstaltet, und zwar auf Einladung des betreffenden Besitzers, dem bei der Einrichtung seines Etablissements seitens der Polizei keine Schwierigkeiten gemacht worden waren. Ein weiterer Zeuge gab einem Polizeikommissar ein Geschenk von 100 M. für früher erwiesene Gefälligkeiten; diesen Betrag habe derselbe wieder zurückgegeben, nachdem gegen Sellmann die Anklage erhoben war. Ein anderer Zeuge erklärte, sein Konzessionsgesuch sei anfangs auf Schwierigkeiten gestoßen, die aber rasch behoben waren, als er die betreffenden Polizeikommissare zu einem Weinstübchen eingeladen hatte. Die Restaurationschefsleute Boden befanden, daß eine bekannte hiesige Restaurateurin ihnen gesagt habe, bei den „Kerls“ (womit die Polizeibeamten gemeint waren) richte man nur mit blauen Lappen etwas aus. Polizeikommissar Boitisch erklärte, seine Frau habe ab und zu ein Frühstückskörbchen erhalten, in dem manchmal auch ein Geldstück verborgen war. Nach der Aussage eines ehemaligen Kriminalkommissars erhielt er früherer Inhaber eines veräußerten Lokals eine Hotelkonzession, und zwar durch Vermittlung eines Polizeikommissars. Gegen einen Frankfurter Konsul, in dessen Haus ein 15-jähriges Mädchen aus Berlin verborgen gehalten wurde, sei nichts unternommen worden, nachdem er für eine Nichtfestnahme 1000 M. angeboten hatte; nach Berlin sei gemeldet worden, das Mädchen sei unauffindbar. Polizeipräsident v. Weegmann befand, die für die Polizeimannschaften und Beamten eingegangenen oft recht zahlreichen Geschenke seien nach einem vom Regierungspräsidenten genehmigten Plan verteilt worden. Er selbst habe ein Beamtenkorps von über 900 Mann zu beaufsichtigen und müsse sich auf die Verläßlichkeit seiner Untergebenen verlassen; er habe niemals ein Gehl daraus gemacht, wie er über Geschenke an Polizeibeamte denke. Er habe sich hauptsächlich durch den Ton des infirmierten Artikels sowie durch die Zumutung beleidigt gefühlt, als billige die Bestechung seiner Beamten. Von der Ministerialvorschrift, daß die Beamten ohne die Genehmigung ihrer vorgesetzten Behörde keine Geschenke annehmen dürfen, haben die Beamten Kenntnis gehabt, außerdem sei ihnen die Verfügung wiederholt bekannt gegeben worden, so daß er nicht glauben könne, daß der ehemalige Kommissar Hannemann, der ein sehr erfahrener Beamter gewesen sei, von ihr keine Kenntnis gehabt habe. Der Angeklagte Redakteur Sellmann erklärte nachdrücklich, daß ihm jede persönliche Bekanntschaft des Polizeipräsidenten unbekannt sei. Verschiedene weitere als Zeugen vernommene Polizeibeamte lehnen teils eine Aussage darüber ab, ob sie Geschenke angenommen haben, teils stellen sie eine solche Annahme direkt in Abrede. — Polizeipräsident v. Weegmann erklärte am Schluß der Beweisaufnahme, daß er im Interesse seiner Person und seiner Beamten volle Klarheit geschaffen wissen wolle und teile zugleich mit, daß einer seiner Beamten, der Referentoffizier ist, die ganze Angelegenheit seinem Ehrenrat unterbreitet hat. Polizeikommissar Rauk, jetzt in Hannover, gab zu, hin und wieder von Interessenten Geschenke erhalten zu haben. In den meisten Punkten aber verweigerte er die Aussage, um sich nicht selbst strafbar zu machen. Die Weiterverhandlung wurde sodann bis Samstag vertagt.

Der Strafantrag.

Der Staatsanwalt beantragt, dem Angeklagten Sellmann den Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zuzubilligen und ihn nur wegen formaler Beleidigung nach § 185, und zwar wegen Verleumdung der Beamten der Staatsanwaltschaft und des Polizeipräsidenten, in einschlägiger Handlung zu 500 M. Geldstrafe oder für je 10 M. einen Tag Gefängnis, zur Tilgung der Kosten usw. zu verurteilen.

Berufungsverhandlung gegen Tizian und Genossen.

wb. Berlin, 16. Jan. Heute nachmittags wurde der Verlauf von fast zwei Stunden die Öffentlichkeit wiederhergestellt und alsdann mit der Vernehmung der Angeklagten begonnen. Oberstaatsanwalt Dr. Pfeiffer bestritt den vollen Inhalt der Anklage. Er habe mit Brandt die Feuerwerkerschule besucht und sei infolgedessen mit ihm seit langer Zeit befreundet. Brandt schenkte ihm zu Weihnachten 100 M. Er sei darüber ruhig geworden und habe ihm gesagt: „Du verlangst doch etwa nicht, daß ich Dir antilichliche Weisheiten verstatte.“ Brandt habe dies entschieden in Abrede gestellt. Er habe Brandt niemals Mitteilungen gemacht, die er in seiner Eigenschaft als Beamter erfahren habe, einmal, weil er der Annahme sein konnte, die Sache im Interesse der Landesverteidigung geheim zu halten, und andererseits sei es überhaupt verboten, daß Beamte des Kriegsministeriums über amtliche Dinge etwas mitteilen. Er könne sich nicht entsinnen, wie Brandt dazu gekommen, zu behaupten, seine Quelle über die Vorgänge im Kriegsministerium sei er. Auch aus dem Etat des Kriegsministeriums habe er Brandt nichts geliefert. Alle diese Mitteilungen von dem Kriegsministerium könne Brandt sehr wohl von anderer Seite erfahren haben. Auf Befragen des Verhandlungsführers, wie Brandt denn mit aller Bestimmtheit behaupten könne, daß er alle diese Mitteilungen von ihm, Pfeiffer, erhalten habe, bemerkte der Angeklagte, er vermute, da er Brandt häufig besucht und Brandts Wohnung polizeilich beobachtet worden sei, habe Brandt sich gesagt, er wolle seinen richtigen Gewissensmann schonen und ihn, Tizian, da er doch einmal von der Polizei beobachtet wurde und kompromittiert sei, als Gewährsmann anbehalten. Der Angeklagte Zeigfeldweibel Hoge bestritt ebenfalls, sich irgendwie schuldig gemacht zu haben. Er habe Brandt lediglich Mitteilungen gemacht, wenn er fragte, ob das, was er erzählt, richtig sei. Er habe im wesentlichen nur das bekräftigt, was Brandt bereits wußte, und habe keinen Anstand genommen, das zu tun, da er Brandt bezüglich seiner guten Stellung, die er erlosche, förderlich sein wollte. Brandt habe ihm gesagt, er werde in der nächsten Zeit Verhörer gegen Krupp's werden. Er habe nicht das Bemerklichein geteilt, ein Geheimnis zu verraten oder gar Landesverrat zu begehen. Er habe sich niemals von Brandt traktieren lassen und erbot sich lediglich, da er einen Unglücksfall in der Familie hatte, sich darüber von 1000 M. von Brandt aus, das er diesem mit 4 1/2 Prozent

Zinsen zurückzahlte. — Der Angeklagte Feuerwerker Schmidt bestritt ebenfalls seine Schuld. Er nahm keinen Anstand, Brandt auf seine Fragen Mitteilungen zu machen, da ihm bekannt war, daß es gegen Krupp's keine Staatsgeheimnisse gab. Er habe jedoch nicht das Bewußtsein gehabt, etwas Strafbares zu tun und habe sich allerdings einigemal die Sache bezahlet lassen, weil er befürchtete, daß Brandt als ehemaliger älterer Kamerad es ihm verübeln könnte, wenn er es ablehne. Der Verhandlungsführer stellt fest, daß Schmidt eine Geldsumme von Brandt in Höhe von etwa 80 M. und eine Zechenbezahlung von etwa 20 M. erhielt. Die Verhandlung wurde dann auf Samstagvormittag 10 Uhr vertagt. (Bergl. letzte Drahtberichte in der gestrigen Abend-Ausgabe.)

Unterföhlagen Stiftungsgelder.

rmlk. Darmstadt, 16. Jan. Der Bürgermeister a. D. und Kolonialwarenhandlung Ludwig Kofl aus Straßfurt a. M. wurde heute von der hiesigen Strafkammer wegen Untreue und Unterschlagung von Stiftungsgeldern im Betrag von 25000 M. zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte, der nach der Entdeckung der Veruntreuungen nach London geflüchtet war, sich dann aber selbst der Staatsanwaltschaft gestellt hatte, gab an, er habe die Gelder durch Verschwendung für seinen Sohn und andere Verwandte verloren.

„Kunstwart“ gegen „Zeit im Bild“.

wb. München, 15. Jan. Im Prozeß des Herausgebers des „Kunstwarts“ F. Avenarius gegen den Chefredakteur der „Zeit im Bild“ Michalski wurde gegen Rittermachi das Urteil gesprochen. Michalski wurde wegen Beleidigung, begangen durch die öffentliche Antwort auf die Angriffe Avenarius' wegen des Verstoßes gegen die „Zeit im Bild“ zu 300 M., der frühere verantwortliche Redakteur Reil zu 150 M., der verantwortliche Redakteur des „Deutschen Buchhändler-Versandblattes“ Scherz zu 150 M. und der Geschäftsführer des „Vereins deutscher Buchhändler“ Kief zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Die beiden letzteren hatten die von Michalski erhobenen Vorwürfe angegriffen. Avenarius wurde von der Widerklage freigesprochen.

** Posen, 16. Jan. Die Strafkammer verurteilte den Leutnant a. D. Franz Eigenblätter wegen Unterschlagung, die er als Kassier des Kasinoverbands in Schlesien begangen hat, zu 3 Monaten Gefängnis. Zur Verdeckung der Unterschlagung hatte er einen Einbruch in die Kasse fingiert.

Wissen und Spiel.

* Das fleißigste Pferd des Jahres war die Saphir-Lochter Chutbeh, die nicht weniger als 26 Rennen bestritt. Ihr zunächst kommen mit je 24 Starts Bürgermeister und Wladia. In je 23 Rennen starteten ein halbes Duzend Pferde, nämlich Delila, Gernot, Jasmin, Matador, Red Clover und Sumbath.

* 2355 Pferde starteten 1913 auf deutschen Bahnen. Davon waren 206 zweijährig, 395 dreijährig, 497 vierjährig, 410 fünfjährig, 435 sechsjährig und 230 älter.

* Der 1. Hauptwettbewerb des Rhein- und Taunusflusses am berganenen Sonntag schlossen sich etwa 150 Teilnehmer an. Der Weg führte, von Langheim ausgehend durch eine prächtige Winterlandschaft zum Kelsberg. Weithin war der Aufenthalt auf dem ausgedehnten Feldcampplatz bei scharfem Südost von 11 Grad nicht gerade sehr angenehm, dafür aber wurden die Winterkuristen erfreut durch ein wunderbares Farbenbild der unten liegenden Fluren, so oft das Nebelmeer sie den staunenden Blick freigab, durch die funkelnden und glühenden Kristalle der bereiten Eismassen der Felsen und der mit Raubkräutern überzogenen Tannen. Der Abstieg über Ober- und Niederreifenberg nach dem Roten Kreuz und zur Kaffeehaus auf der Billahöhe zeigte den Teilnehmern noch die voll: Brodt des Winters, der seine Herrschaft hier länger behauptet als auf Wiesbadens milden Fluren.

* Eispart. In der Eideisbahn (Ankerstraße) findet heute Samstagabend das erste diesjährige Eisfest statt. — Die Eisbahn auf der Adolphhöhe ist ständig im Betrieb.

* Winterpart. Die Schneeverhältnisse im hohen Westerwald sind, wie uns berichtet wird, außerordentlich günstig, besonders gilt das von der 2 Kilometer langen Rodenbahn bei Marienberg. Am 18. d. M. veranstaltete der Winterpartverein Marienberg ein Preisrodeln. Der erste Sturfskur begab am 17. d. M. (für Anfänger), der zweite vom 24. bis 26. d. M. (für Geübtere) — Schweißläufe im Schwarzwald finden statt am 25. Januar im nördlichen Schwarzwald; 6. bis 8. Februar große Schweißläufe auf dem Kelsberg; Mitte Februar bei Dumbold. Preisfahrern: 18. Januar und 1. Februar in Triberg. Zeitrodeln: 23. Jan. und 22. Februar in Triberg.

Neues aus aller Welt.

Die Wahnkünstler auf dem Dampfer „Berlin“. Madrid, 16. Jan. Hier verlautet über den Nord, der sich an Bord des deutschen Dampfers „Berlin“ vor einigen Tagen ereignet hat, daß der Kommandeur des Bootes der Auswanderungskommission Dr. Giovanni Antonio Cordero, an Verfolgungswahnhaft litt. Er hat den Arzt durch 7 Revolvergeschosse getötet. Cordero war bereits einmal wegen Wahn in Italien, begabte an einer Brand verurteilt worden. Er wurde von der Mannschaft der „Berlin“ in Ketten gelegt. Er wird den italienischen Behörden übergeben werden, sobald das Schiff einen italienischen Hafen anläuft.

Durch glühende Eisenmassen verbrannt. St. Ingbert, 15. Jan. Der 16 Jahre alte Hilfsarbeiter Vöfelmann wurde gestern in hiesigen Stahlwerk durch glühende Eisenmassen schwer verbrannt und ist halb daran seinen Verletzungen erlegen. Noch drei weitere Arbeiter erlitten schwere Brandwunden, zwei von ihnen so ernste, daß sie ins Kasernit gebracht werden mußten.

Ein betrügerischer Freiberger. Kürnberg, 16. Jan. Der Reichsfreiberger v. Droste zu Birkering, der sich seit Jahren in den verschiedensten Städten Deutschlands planlos umhertrieb und Betrügereien, namentlich bei Zuzelieren, begab, wurde auf Antrag der hiesigen Kriminalpolizei in Hirschberg festgenommen. Er hatte sich von Würzburg für ein wichtiges Juwelergeschäft Waren kommen lassen, mit denen er dann verfuhr. Der Verhaftete ist wegen Betrugs bereits wiederholt verurteilt.

Ungeheure Mafier. Sambura, 15. Jan. Nach Verurteilung von 42000 M. Samburageldern, die er zum Abschluß einer Hypothek einbrachte, sowie weiterer 20000 M. einfließender Mafier, wurde er in Moskau, genannt Mafier, in Kürnberg der Firma M. Goldschmidt u. Co. Hamb. und Erbschleusenverleiher, Alter 60, fern im Geschäft angehefter Bruder Joseph und sein Bruder Hermann geschädigt. Es besteht dringender Verdacht, daß die verurteilte Summe bedeutend größer ist.

Vom Dieb der Mona Lisa. Mailand, 16. Jan. Der Dieb der Mona Lisa, Perugia, ist von verdächtigten Seiten verhaftet worden, falls die Verhaftung angeordnet zu werden, Perugia wird infolgedessen nach Mailand gebracht werden, wo seinen Anklägern gegenübergestellt zu werden.

Deutscher Reichstag.

Wehrbeitrag und Sonntagsruhe.

Berlin, 16. Jan. (Eig. Drahtbericht) Der Reichstag beriet heute, nachdem er einige kurze Anfragen erledigt hatte, den schließlichen Antrag der Abgeordneten Schiffer, Spahn, Westarp usw., der eine Verlängerung der Deklarationsfrist zu dem Wehrbeitrag über den 28. Februar hinaus fordert. Herr Erzberger, der den Antrag begründete, teilte mit, daß bei den Versicherungsanstalten zurzeit nicht weniger als 9 Millionen Anfragen über die Rückkaufswerte der Policen vorliegen und meinte, was den Bundesstaaten, die bislang eine Vermögenssteuer erhoben, recht sei, sei den anderen billig. Wenn man uns schon so schwere Steuern auflegt, dann soll man darauf wenigstens gemüthlich vorgehen. Der Reichssekretär verbielt sich ablehnend. Trete eine weitere Verlängerung über den 31. Januar hinaus, so könne das Gesamt-erträgnis nicht rechtzeitig übersehen und keine feste Grundlage für den nächsten Etat geschaffen werden. In der kurzen Debatte sprachen der Fortschrittler Blund und der Konservative Rupp für den Antrag, der schließlich einstimmig angenommen wurde. Ob er Erfolg haben wird, steht freilich dahin. In der fortgesetzten Beratung der Sonntagsruhenovelle bekam man zunächst eine fast zweistündige Rede des Sozialdemokraten Quard zu hören, der zu dem Material des ersten Beratungstages noch manches Sachverständige, aber auch noch manches Agitatorische nachtrug. Der bekannte Handlungsgehilfenführer Marquardt, der sich in dieser Frage wieder einmal von der nationalliberalen Fraktion trennen mußte, trat für die volle Sonntagsruhe ein und ihm gefolgt schließlich in einer großen Rede Graf Rosadowsky zu, der den englischen Sonntag mit seiner absoluten Ruhe als das anzustrebende Vorbild hinstellte. Eine Reihe anderer Redner, darunter der Zentrumsabgeordnete Birkenmeyer und der Elftäter Thumann sprachen noch längere Zeit für die Interessen der kleinen Städte, worauf man den Gesetzentwurf an eine Kommission von 28 Mitgliedern überwies. Morgen um 11 Uhr beginnt die zweite Beratung des Etats, und zwar beim Reichsamt des Innern. Die Besprechung der Sabern-Interpellation wird, wie wir schon anknüpfen konnten, nunmehr bestimmt für Dienstag erwartet.

Sitzungsbericht.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatt“.

Berlin, 16. Januar.

Am Bundestagsitz: Reichssekretär Kühn. Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 1,05 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen zunächst

Anfragen.

Abg. Heister-Köln (Soz.) fragt: Ist es dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß einem jungen Mann namens Walter Stöder aus Köln der Berechtigungschein für den einjährig-freiwilligen Militärdienst mit der Begründung entzogen worden ist, daß sich Stöder als Sozialdemokrat in beförderlicher Weise in staatsfeindlichem Sinne betätigt habe. Ist der Herr Reichskanzler gewillt, den geschädigten Walter Stöder wieder in den Besitz der von ihm ordnungsgemäß erworbenen Berechtigung zu bringen?

Generalmajor Wild v. Oshorn: Die Angelegenheit unterliegt der Prüfung der Verwaltungsbehörden. Eine Beantwortung kann deshalb zurzeit nicht erfolgen.

Abg. Dr. Trendel (Zentr.) fragt: Ich erlaube mir, an den Herrn Reichskanzler folgende Anfrage zu stellen: Ist es richtig, daß die

Einfuhr von Gerste.

besonders von Futtergerste leistungsfähiger Ernte aus dem Zollausland, speziell aus Rußland, eine sehr große und größer wie in den anderen Jahren ist? Ist es richtig, daß große Mengen Gerste als Futtergerste zu dem Gerstezollfrei ohne Denaturierung, resp. Kennzeichnung als Malzgerste, von den äußeren Zollbehörden im Herbst 1913 geführt wurden, die auf Grund ihrer besonderen Beschaffenheit für Malz- und Brau-gerste vollständig geeignet und als solche zu verzollen waren, weil die russische Gerste leistungsfähiger Ernte trocken gerntet wurde und vorzügliche Keimfähigkeit hatte? Ist es richtig, daß Gerste mit starker Befestigung von Flughafer zur Einfuhr gelangte, so daß der Verdacht besteht, daß letzterer zur Herabsetzung des Getreidewerts eingeführt wurde? Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler zu treffen, um diese Umgehung der höheren Verzollung Einhalt zu gebieten oder von welchem Zeitpunkt an wurden eventuell diesbezügliche Verfügungen an die äußeren Zollbehörden hinausgegeben und welchen Wortlaut haben diese Verfügungen?

Direktor im Reichsamt Meusel: Dem Herrn Reichskanzler ist nicht bekannt, daß im Herbst 1913 große Mengen Malzgerste ohne Kennzeichnung zu dem niedrigeren Zoll abgefertigt worden sind, die bestimmungsgemäß zu kennzeichnen gewesen wäre. Aus dem Nachweis der Zollverwaltung ergibt sich vielmehr, daß gegenwärtig die im Vorjahr gerentete Gerstemenge der Kennzeichnung unterworfen wird. Die Vermutung, daß der bei mancher Gerste beobachtete starke Befestigung von Flughafer zur Herabsetzung des Getreidewerts absichtlich beigelegt werde, hat bisher keine Bestätigung gefunden. Daß Umgehungen der höheren Verzollung tatsächlich vorgekommen seien, ist nicht anzunehmen. Die Reichsverwaltung wird sich auch ferner anlegen lassen, daß die Verzollung richtig und gleichmäßig durchgeführt wird.

Es folgt die Beratung des von dem Abg. Schiffer (noll.) gestellten und vom Zentrum und der Rechten unterstützten schließlichen Antrags, betreffend

Hinausschiebung des Termins für die Abgabe der Vermögenserklärung zum Wehrbeitrag bis Ende Februar.

Abg. Erzberger (Zentr.): Im Interesse der Geschäftswelt liegt es, den Termin für die Vermögensangabe weiter hinauszuschieben. Bei den Lebensversicherungen sind in der letzten Zeit allein 3 Millionen Anfragen wegen des Rückkaufwertes der Policen eingelaufen. Die rechtzeitige Erledigung dieser Anfragen ist gar nicht möglich. Dann bitte ich um eine Erklärung, ob für die im Jahre 1917 fällige Steuerpflicht

dieselben Vorschriften und Freiheiten bestehen wie jetzt, namentlich hinsichtlich der Deklaration nach dem gemeinen oder nach dem Ertragswert. Die Auslegung des Generalpardon bei den einzelnen Steuerbehörden treibt wunderliche Wägen.

Es müssen alle Schereisen vermieden werden, um nicht die Opferwilligkeit des Jahres 1913 in das Gegenteil umschlagen zu lassen.

Es ist nötig, den Termin für die Vermögensdeklaration um einen Monat zu verlängern.

Reichssekretär Kühn: Den Standpunkt des Bundesrats zu diesem Antrag kann ich naturgemäß noch nicht darlegen. Ich kann nur mitteilen, welche Gründe abgewandt haben für den Erlass der Bestimmungen. Es handelt sich zunächst um die Festsetzung der Frist für die Abgabe der Steuererklärung unter Berücksichtigung der Interessen des Reiches und der Einzelstaaten. Für das Reich kommt in Betracht, daß die Zahlung der ersten Rate des Wehrbeitrags nicht zu weit hinausgeschoben werden darf und daß man zu einem gewissen Zeitpunkt übersehen können muß, wie hoch der Ertrag des Wehrbeitrags ist. Die erste Rate wird Ende des zweiten Vierteljahres des Rechnungsjahres 1914 fällig. Das ist an sich schon ein sehr später Termin.

Es ist aber dringend erwünscht, daß ein Überblick über den Gesamteingang schon bei Aufstellung des Etats für 1915 vorhanden ist.

Der Schwerpunkt gegen die Verlängerung der Frist liegt darin, daß es für eine ganze Reihe von Bundesstaaten geradezu eine Lebensfrage ist, daß die Veranlagung zum Wehrbeitrag von denselben Behörden und Beamten erledigt wird, die die übrigen Steuererträge bearbeiten. Durch die Hinausschiebung der Veranlagung würden auch die Kommunen, welche die Zuschläge zu den Staatsabgaben erheben, von neuem belastet werden. Angesichts dieser Tatsache muß die Frage erörtert werden, ob eine zwingende Notwendigkeit für die Verlängerung der Deklarationsfrist vorhanden ist. Dabei ist zu beachten, daß die Fristen nicht unveränderlich sind. Sie können von einzelnen Bundesregierungen hinausgeschoben werden, und dann kann jeder einzelne unter Berücksichtigung besonderer Verhältnisse für sich eine Hinausschiebung verlangen. Was den Generalpardon anbelangt, so meine ich, daß wir von einer Strafe überhaupt absehen sollten, daß aber der Betrag für das letzte Jahr nachzuzahlen ist. Die Deklarationspflicht ist nicht so schwer zu erfüllen. Es genügt, wenn der Deklarant der Behörde die nötigen Unterlagen für die zu veranstaltenden Recherchen gibt.

Abg. Dr. Blund (Dpt.): Meine Parteifreunde stimmen dem Antrag zu. Der Wunsch des Staatssekretärs, bald übersehen zu können, ist verständlich, aber nicht ausschlaggebend. Zweckmäßig mag es sein, daß die Wehrbeitragsbearbeitung von der bestehenden Staatssteuer-Kommission besorgt wird. Es ist aber noch zweifelhaft, ob es zulässig ist, beide Steuerarten miteinander zu verquiden. Die Auskunftsfrist für inländische Banken wird zu Unrecht in Anspruch genommen. Damit werden die ausländischen Banken bevorzugt. Der Generalpardon hat unserer Meinung nach sich bis 1913 ausschließlich zu beziehen. Der Wortlaut des Gesetzes ist nicht ganz einwandfrei, um so mehr sollte der Bundesrat sich bemühen, die Vorschriften nicht noch unverständlicher zu machen. Für den Reichstag handelte es sich um einen ersten Versuch, seine Sünden sind also nicht so groß.

Abg. Rupp-Baden (kons.): Hinsichtlich der Berechnung des Wehrbeitrags geht die badische Steuerbehörde von falschen Grunddaten aus. Die Vorschriften über die Berechnung nach dem Ertrag, beginnend mit dem Wert werden dort falsch gehandhabt.

Abg. Erzberger (Zentr.): Ich bitte den Staatssekretär, den Antrag, der vom Reichstag angenommen werden dürfte, im Bundesrat wohlwollender zu behandeln, als er es durch seine Rede getan hat. Vermieden werden müßte es, daß bei Berechnungen von Grundstücken und sonstigem Eigentum in die intimsten Familienverhältnisse der Besitzen eingegriffen wird. Es genügt vollständig, wenn die Gesamtsumme von Schulden, Renten usw. angegeben würde, nicht aber, an wen und von wem derartige Beträge geleistet werden.

Damit schließt die Debatte. Die Vorlage wird einstimmig angenommen. Es folgt die Fortsetzung der ersten Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Abg. Dr. Quard-Frankfurt a. M. (Soz.): Die Behandlung dieser hochwichtigen Vorlage durch die Regierung entspricht nicht der Würde des Hauses. (Unterbrechung des Vizepräsidenten Dr. Baasche.) Die kaufmännischen Angestellten werden wieder einmal an der Nase herumgeführt, da man sie schlechter stellt als sonstige Privatangestellte. Wenn man wahrhafte Sonntagsruhe will, dann darf man keinen Unterschied machen und dem einen erlauben, was dem anderen verboten ist. In einigen Städten geht man schon jetzt mit den Ausnahmen bezüglich der Sonntagsruhe soweit, daß es überhaupt keine Sonntagsruhe mehr gibt. Wenn Sie ein bißchen christliche Wahrheitsliebe haben (zum Zentrum gewendet), so müssen Sie zugeben, daß der erste Antrag auf Sonntagsruhe nicht von Ihnen, sondern von uns, von Bedel ausgegangen ist. (Lach des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Dove: Ich nehme an, daß Sie kein Mitglied dieses Hauses meinen, das Wahrheitsliebe vermissen läßt.

Abg. Dr. Quard: Nein.

Vizepräsident Dr. Dove: Es war auch nicht anzunehmen, da gestern Herr Erzberger eine solche Behauptung nicht aufgestellt hat. (Abg. Erzberger: Es stand aber schon vorher in seinem Konzept. Weiterleitet.)

Abg. Dr. Quard: Diese Kritik entspricht dem agitatorischen Konzept des Zentrums, das die Wünsche seiner eigenen Anhänger, die die völlige Sonntagsruhe wünschen, mißachtet. Statt dessen vertritt Herr Erzberger lediglich die Interessen des Geldsacks. Was mögen dazu die Arbeiter des Zentrums sagen? Zum mindesten müssen wir uns dahin einigen, daß die Sonntagsruhe auf das geringste Maß zurückgebrängt und auf die frühen Morgenstunden beschränkt werden. Für die Apotheken muß eine ausgiebige Sonntagsruhe unbedingt ermöglicht werden. Viel höher als das Interesse der einzelnen Ladenbesitzer ist das gesamte Interesse der Angestellten.

Abg. Birkenmeyer (Ztr.): Wir im Oberland müssen daran festhalten, daß nicht die völlige Sonntagsruhe eingeführt wird, sondern, daß es bei den gegenwärtigen Verhältnissen bleibt.

Wir müssen unterscheiden zwischen Großhandel und Kleingewerbetreibenden.

Es ist unmöglich, beiden gegenüber dieselben Bestimmungen über die Sonntagsruhe einzuführen. Die Sozialdemokraten betonen immer wieder, den Mittelstand schonen zu wollen. Hier haben sie Gelegenheit dazu, indem sie an unsere Seite treten. Der Kaufmann in der kleinen Stadt ist auf die Landwirtschaft hingewiesen und kann daher den Verkauf am Sonntag nicht entbehren, ebenso geht es den Handwerkern. Im Interesse der Angestellten liegt es nicht, wenn die kaufmännischen Betriebe zurückgehen, wenn ein Kaufherr nach einigen Jahren statt vier nur noch zwei Angestellte beschäftigen kann. Darum läßt man diesen Sturm gegen die Kaufleute, warum stürmt man nicht auch gegen die Warenhäuser. Das wäre doch ganz logisch. Den jungen Leuten bleibt, wenn sie auch einige Stunden am Sonntag zu tun haben, noch genügend Zeit zur Verfügung.

Abg. Marquardt (noll.): Für meine eigene Person spreche ich mich für völlige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe aus. Ihrer Einführung stehen lediglich Vorurteile entgegen, ihr stehen nicht mehr Schwierigkeiten entgegen, als bei der Einführung der Sonntagsruhe in den übrigen Gewerbebetrieben.

der man ebenfalls ein Risiko vorausgesetzt hatte. Ich hoffe, daß aus der Kommission etwas Ersprießliches herauskommt.

Abg. Thumann (El.): Im allgemeinen sind wir mit der Vorlage einverstanden. Wir wünschen, daß bei der statistischen Regelung dem Kaufmann ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird.

Abg. Graf Rosadowsky (wild-freil.): Die Vorlage ist nicht so freudig aufgenommen worden, wie man angesichts der jahrelangen Agitation im Lande hätte erwarten sollen. Es ist nicht zu leugnen, daß der Entwurf einen Schritt auf dem Wege zur völligen Sonntagsruhe und eine Besserung der gegenwärtigen Verhältnisse darstellt. Der Hauptfehler der Vorlage besteht darin, daß sie viele Instanzen zur Festlegung der Ausnahmen schafft. Möglichst einfache Bestimmungen sind nötig, um die Willkür der einzelnen Behörden auszuschalten.

Dann müßte auch ein Unterschied zwischen großen und kleinen Städten getroffen werden.

(Sehr richtig!) Für einen Teil der großstädtlichen Angestellten hat das Gesetz sogar keinen Wert; in den kleinen Städten ist die Wohnungsverhältnisse der Angestellten viel günstiger, so daß sie ihre freie Zeit ganz anders ausnützen können als ihre großstädtlichen Kollegen. Die Frage der Sonntagsruhe ist eine tiefgehende soziale Frage und in unserer Zeit hat man allen Anlaß, auf die Förderung der Sonntagsruhe und der Sonntagsheiligung hinzuwirken. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Feuerstein (Soz.): Das Eintreten für eine völlige Sonntagsruhe liegt im Interesse einer gesunden Mittelstandspolitik.

Die Konsumvereine haben überall seit 25 Jahren schon völlige Sonntagsruhe eingeführt.

Abg. Pauli-Koschen (Ztr.): Wenn man glaubt, den Forderungen der Großstädte genügen zu müssen, so mag man es tun, es ist aber nicht möglich, bei dieser Gelegenheit Tausende von Existenzen auf dem platten Lande und in den kleinen Städten zu ruinieren. Während man sonst zur Bekämpfung der Wanderlager dem Mittelstand hilft, schädigt man ihn hier aufs Schwerste.

Abg. Gildert (Ztr.): Die Kommission muß sich eingehend mit den Einwendungen des Mittelstandes beschäftigen. Es läßt sich sehr wohl das Interesse der Angestellten wahren, ohne den Mittelstand zu schädigen.

Damit schließt die Debatte. Die Vorlage geht an eine besondere Kommission von 28 Mitgliedern.

Nächste Sitzung Samstag 11 Uhr: Zweite Lesung des Etats des Innern. — Schluß 6 Uhr.

Submissionskommission.

wh. Berlin, 16. Jan. Die Kommission des Reichstags zur Beratung und Regelung des Submissions- und Lieferungsverfahrens faßte bei dem Abschluß „Zuschlagerteilung“ folgenden Beschluß: Die niedrige Geldforderung als solche darf für die Entscheidung über den Zuschlag keineswegs den Ausschlag geben. Der Zuschlag darf nur auf ein in jeder Beziehung annehmbares, die tüchtige und rechtzeitige Ausführung der betreffenden Leistung oder Befierung gewährleistendes Gebot erteilt werden. Weiter wurde beschlossen, von der Berücksichtigung bei der Erteilung des Zuschlags die Angebote solcher Bewerber auszuschließen, die nicht die nötige Gewähr bieten, die ihren Vertragspflichten aus der Arbeiter- oder Angestelltenversicherung nicht nachkommen oder unter einem angemessenen Preise bleiben. Als angemessen soll ein Preis gelten, bei dem auf die einschließlich der Geschäftskosten berechneten Selbstkosten der handels- und gewerbliche Nutzen aufzuschlagen ist. Welche Angebote unter dem angemessenen Preise stehen, soll unter Hinzuziehung selbständiger Handwerker, Industrieller oder Kaufleute von dem betreffenden Sonderfache festgestellt werden.

Letzte Drahtberichte.

Unbegründete Kriegergerüchte.

Die unsichere Lage.

Berlin, 16. Jan. (Eig. Drahtbericht) Heute nachmittag waren zur Abwechslung wieder einmal im Reichstag Kriegergerüchte verbreitet und auch das Abendblatt der „Vossischen Zeitung“ nimmt von diesen Gerüchten Notiz. Der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg sollte sein Entlassungsgesuch eingereicht haben. Mit ihm sollte der Staatssekretär des Auswärtigen Amts v. Jagow und der Unterstaatssekretär Dr. Zimmermann aus dem Staatsdienst scheiden, und auch die Nachfolger wurden bereits genannt. Als neuer Reichskanzler wird Staatssekretär v. Tirpitz, als neuer Staatssekretär des Auswärtigen der bisherige Staatssekretär des Reichskolonialamts Dr. Solf genannt. Herr v. Bethmann-Hollweg aber soll, wie das schon früher hieß, angeblich Nachfolger des Grafen Bedel als Statthalter in Strassburg werden. Allen diesen Gerüchten gegenüber werden wir von amtlicher Quelle zu der Erklärung ermächtigt, daß diese tollen Kriegergerüchte nicht zutreffen. Herr v. Bethmann-Hollweg habe sein Entlassungsgesuch eingereicht und auch von einer Amtsmündigkeit der Herren v. Jagow und Dr. Zimmermann

sei keine Rede. Wie uns weiter aus führenden Reichstagskreisen berichtet wird, ist man auch dort abgeneigt, Augenblick zu glauben, um so weniger, als die Entlassung des Herrn v. Bethmann-Hollweg in diesem Moment der Öffentlichkeit gegenüber notwendig als eine Kapitulation des Kaisers vor der Kronprinzenpartei gedeutet werden könnte. Daß solche wilden Gerüchte entstehen und gedruckt werden können, ist immerhin kennzeichnend für die Unsicherheit der Lage und für die herrschende Nervosität.

Das Landtagspräsidium beim Kaiser.

wb. Berlin, 16. Jan. Der Kaiser empfing heute mittag die Präsidien beider Häuser des Landtags, die auch von der Kaiserin empfangen wurden.

Der offizielle Besuch des neuen Herzogs von Braunschweig.

wb. Berlin, 16. Jan. Anlässlich der Investitur des hohen Ordens vom Schwarzen Adler traf heute vormittag der Herzog von Braunschweig zu seinem offiziellen Besuch nach der Thronbesteigung ein. Auf dem Bahnhofe waren der Kaiser in der Uniform der Leibgardehularen, der Kronprinz, die Prinzen, der Kommandeur des Regiments der Bienenhularen und andere erschienen. Eine Ehrenkompanie vom Augusta-Regiment erwies auf dem Bahnhofe die militärischen Ehren. Nach herzlicher Begrüßung schritten der Kaiser und der Herzog die Front der Ehrenkompanie ab. Der Kaiser geleitete den Herzog im Automobil nach dem Schlosse. Auf dem Wege wurden der Kaiser und der Herzog vom Publikum herzlich begrüßt. Der Herzog nahm in den Mecklenburgischen Zimmern Wohnung, wo er von der Kaiserin empfangen wurde.

Der fortschrittliche Initiativantrag über die Regelung des Waffengebrauchs und die Polizeibefugnisse des Militärs.

Berlin, 16. Jan. (Eig. Drahtbericht) Der von uns bereits vor einigen Tagen angeführte fortschrittliche Initiativantrag über die Regelung des Waffengebrauchs und die Polizeibefugnisse des Militärs auf Grund des Artikels 31 der preussischen Verfassung wird nun voraussichtlich in den nächsten Tagen im Reichstag eingebracht werden. Bei den interfraktionellen Verhandlungen haben sowohl das Zentrum wie die Nationalliberalen ihre grundsätzliche Geneigtheit erklärt, den Antrag auch überreits zu unterzeichnen, vorbehaltlich der Fassung des Entwurfes, die bis heute abend noch endgültig feststeht.

Eine offizielle Erklärung zur Sabernaffäre.

Berlin, 16. Jan. (Eig. Drahtbericht) Die „Nordd. Allgem. Sta.“ wendet sich heute abend gegen die Behauptung, daß die Konflikte in Sabern lediglich auf bestimmte zuletzt dort anwesende Offiziere zurückzuführen seien. Zum Beweise des Gegenteils veröffentlicht sie auf 1 1/2 Spalten einen Bericht des Garnisonkommandos Sabern vom 15. Dezember

1913, in dem Reibungen geschildert werden, die sich in den Jahren von 1901 bis 1903 zwischen Unteroffizieren und halbwüchsigen Durchein abgepielt haben. In dem Bericht wird festgestellt, diese Reibungen seien von dem Zivilprozeß, zum Teil sogar durch direkte Verabredung herbeigeführt und zum anderen Teil auf die Heftigkeit des „Saberner Anzigers“ gegen einen bestimmten Unteroffizier zurückzuführen.

Auch eine Verlängerung der Frist für die Einkommen- und Ergänzungsteuer.

** Berlin, 16. Jan. Auf eine Anfrage beim Finanzministerium erfährt die Handelskammer Berlin, daß die Frist für die Abgabe der Vermögenserklärung zum Verbeitrag, zur preussischen Einkommen- und Ergänzungsteuer gleichmäßig bis 31. Januar verlängert sei.

Bildung des Jesuitengesetzes in Bayern.

XX München, 16. Jan. (Eig. Drahtbericht) Bestem Vernehmen zufolge hat die bayerische Regierung die Vorbereitung einer Abänderung der Bestimmungen des Jesuitengesetzes durch Antragsstellung im Staatsrat beschlossen.

Die Lage in Albanien wird kritischer.

O Salona, 16. Jan. (Eig. Drahtbericht) In Albanien gestaltet sich die Lage immer kritischer. Gleich nachdem das Ergebnis der Untersuchung gegen die türkischen Verschwörer bekannt war, daß die Mitwirkung des Präsidenten der provisorischen Regierung Ismail-Remal festgestellt, beantragte ein Mitglied der internationalen Kontrollkommission die Verhaftung Ismail-Remals. Doch wurde von dieser Maßregel Abstand genommen mit Rücksicht auf die zu befürchtenden Folgen; dagegen hat die Kontrollkommission die tatsächliche Ausübung der Regierungsgewalt bis zur Ankunft des Prinzen zu Wien übernommen. Die Bewegung hat das ganze Hinterland von Salona ergriffen. Hunderte von bewaffneten Albanesen befinden sich auf dem Marsch nach Salona. Die Mitglieder der internationalen Kontrollkommission sind um ihre persönliche Sicherheit besorgt und treffen Vorkehrungen, um sich event. auf die Stationen zu flüchten. Mohammedanische Fanatiker durchziehen die Dörfer und agitieren gegen die Christen und einen christlichen Fürsten.

Ein österreichisches Kriegsschiff nach den albanischen Gewässern abgegangen.

** Trieste, 16. Jan. Der Panzerkreuzer „Admiral Spaun“ hat plötzlich die Anker gelichtet und ist in der Richtung nach den albanischen Gewässern abgegangen. Jedenfalls ist er auf höheren Befehl nach Salona gedampft.

Die Bewegung der liberalen Partei gegen die Jungtürken.

** Salonik, 16. Jan. Reischad-Said, ein höherer türkischer Marineoffizier, der wegen seiner Zugehörigkeit zur liberalen Partei aus Konstantinopel fliehen mußte, erklärt, daß eine weitverzweigte Bewegung gegen das jungtürkische Komitee im Gange sei, der dieses bald erliegen würde. Sobald der liberale Prinz Sabah-Eddin am Ruder sei, würde ein Bündnis gegen Griechenland nichts mehr im Wege stehen.

Ordnung in Südafrika.

wb. Kapstadt, 16. Jan. Heute vormittag aus allen Landesteilen eingegangene Meldungen berichten, daß überall Ordnung herrscht und die Aufständischen die Arbeit wieder aufnehmen.

Ein englischer Unterseeboot gesunken. wb. Dronowert, 16. Jan. Das englische Unterseeboot „A. 7“ ist bei Plymouth gesunken. Es bestrich wenig Hoffnung, die Mannschaft zu retten.

Die Vulkanfatale in Japan. London, 16. Jan. (Eig. Drahtbericht) Die Vulkanausbrüche auf der Insel Sakurajima dauern ununterbrochen fort. Am Mittwochabend ereigneten sich weitere Eruptionen und eine Springflut überschwemmte die Stadt Suwayama. Die östliche Seite des Vulkans stürzte nach innen und der ganze Berg spaltete sich in zwei Teile. Ein zweites Kratergebirge ist bereits in Suwayama eingetroffen. Mächtige Gassen spielten sich im Umgebungsgebiet ab. Der Nebeneffekt ist kolossal.

wb. Tokio, 16. Jan. Nach den letzten Meldungen aus Suwayama sind bei der Asialandung im ganzen 600 Menschen ums Leben gekommen. Am Alter und in der Anzahl von Suwayama sind alle Häuser, etwa 30.000, beschädigt. Die Festigkeit der Erdkruste hat nachgelassen, die Gefahr scheint vorüber zu sein.

wb. Berlin, 16. Jan. Prinz Max von Baden ist hier eingetroffen.

** Berlin, 16. Jan. Bevor sich Statthalter Graf Welbel heute mittag ins Schloß begab, traktierten ihn im Hotel zwei Generäle einen längeren Besuch ab. Der Statthalter wird voraussichtlich am Sonntag Berlin wieder verlassen. Der Reichsfanzler hat den Statthalter empfangen.



ZAHN-CREME
Mundwasser
KALODONT

Wenn die Schneehöhe günstig ist,
duldet's den Wintervorsturz nicht mehr daheim. Mit Ski, mit Hockschritten etc geht's hinaus und man scheidt selbst Reisen nicht, um nur in günstige Sportplätze zu finden. Der vorzügliche Schneehöcker aber sorgt dafür, daß der an sich so gesunde, schneehöcker Sport auch durch die unglücklichsten unermüdeten Nebenwirkungen habe, indem er eine Schachtel Wohl achte Sodener Mineralpulver in die Tasche steckt und langsam aufbraucht. Er schüttet die empfindlichen Schleimhäute des Mundes und des Rachens gegen krankhafte Reizungen und erweitert dem Gesamtorganismus eine wirkliche Wohltat. Ganz achte Sodener bekommt man, die Schachtel zu 85 Pf., überall. F 101

Wenn Sie Ihr Kind
gesund, munter und geistig frisch sich entwickeln sehen wollen, so geben Sie ihm Dr. Hommel's Haematogen. **WARNUNG!** Man verlange ausdrücklich den Namen Dr. Hommel. F 497

Handelsteil.

Die chemische Grossindustrie.*)

Die Herstellung künstlicher Düngemittel und ihre Bedeutung für die Landwirtschaft.

Ein anderer bedeutsamer Teil der chemischen Großindustrie ist die Herstellung künstlicher Düngemittel. Die Pflanze braucht bekanntlich zu ihrer Ernährung Phosphorsäure, Kali und Stickstoff. Die zur Verfügung stehenden Mengen Stalldünger sind bei weitem nicht hinreichend, und so ist denn die Landwirtschaft gezwungen, künstliche Düngemittel zu verwenden und dem Boden die erforderlichen Pflanzennährstoffe zuzuführen. Während vor weniger als 50 Jahren die chemischen Düngestoffe kaum dem Namen nach bekannt waren, und auch um jene Zeit erst die ersten Superphosphatfabriken entstanden sind, ist heute diese Industrie ein gewaltiger Erwerbszweig. Deutschland allein verbraucht jetzt an Phosphorsäuredünger 1700 000 Tonnen Superphosphat, 2300 000 Tonnen Thomasmehl neben ziemlich großen Mengen Knochenmehl und anderen Phosphorträgern. Auch in Stickstoffdünger, wie Salpeter, Ammoniak, Kalkstickstoff usw., werden enorme und fortgesetzt steigende Mengen gebraucht, dasselbe gilt von den Kalisalzen, die in genügend abbaufähigen Mengen nur in Deutschland gefunden werden und für Deutschland einen ungeheuren Schatz bedeuten. Die Kalibergwerke und die damit im Zusammenhang stehenden chemischen Fabriken stellen ebenfalls einen gewaltigen Erwerbszweig dar. Salpeter ist ein Naturprodukt und wird von Chile (und Peru) eingeführt. Ammoniak wird als Nebenprodukt in Kokerolen und in Gasanstalten gewonnen. Es sei jedoch vornehmlich das Kapitel „Phosphorsäure“ behandelt.

Die hauptsächlichsten P₂O₅-Träger sind, wie schon erwähnt, Superphosphat und Thomasmehl. Als Superphosphat-Rohstoffe kommen hauptsächlich Bohphosphate, die meist aus Amerika, teils von Nordafrika, teils von den Südeinseln kommen. Knochenmehl, Knochenasche, Knochenkohle, Koprothie, Apatite u. a., in Betracht. Diese Materialien werden fein gemahlen und dann mit Schwefelsäure, deren Menge sich nach der Zusammensetzung der Rohstoffe richtet, aufgeschlossen. Der Superphosphataufschluß wird sodann getrocknet und auf besonders konstruierten Pulverisiermaschinen zerkleinert. Das Superphosphat kommt zum Teil auch mit Kalisalzen oder Stickstoffmaterialien gemischt in den Handel. Die Thomasschlacke ist ein Nebenprodukt bei der Stahlfabrikation. Während früher der Phosphor in den Eisenerzen sehr störend war und die Erze teilweise für die Eisenerzdarstellung unbrauchbar machte, ist infolge der Erfindung des Engländers Thomas gerade das Erz mit hohem Phosphorgehalt sehr wertvoll geworden, auch deshalb, weil es für die Landwirtschaft äußerst wertvolle Thomasschlacke liefert. Mit der Einführung des Thomasverfahrens hat die deutsche Stahlindustrie einen ungeheuren Aufschwung genommen. Die Einführung der gemahlten Thomasschlacke als Düngemittel, wozu u. a. auch die benachbarten Chemischen Werke vorm H. u. E. Albert, die außer Chemikalien, Säuren, auch chemische Düngemittel in bedeutendem Maße herstellen, ganz wesentlichen Anteil haben, ist für die Stahlwerke eine große Einnahmequelle geworden. Eine Anzahl sehr kapitalkräftiger, hochkundiger Firmen hat dem Artikel Thomasmehl

nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa und selbst auch in überseeischen Ländern Eingang verschafft. Allein in Deutschland werden, wie schon erwähnt, 2300 000 Tonnen Thomasmehl jährlich gebraucht, neben 1700 000 Tonnen Superphosphat. Umgerechnet in Geld bedeutet dies eine Summe von 180 bis 200 Millionen Mark. So gewaltig diese Anzahl allein für P₂O₅-Dünger ist, so muß doch betont werden, daß die Landwirtschaft nichts Klügeres tun kann, als reichlich zu düngen; sie muß nicht bloß die durch die Ernten entzogenen Nährstoffe ersetzen, sondern auch für einen gewissen Vorrat solcher im Kulturboden sorgen. Ein besonders rationaler landwirtschaftlicher Betrieb ist nur mit Hilfe ausreichender Düngung mit P₂O₅, Kali und Stickstoff möglich. Welch riesige Bedeutung die künstlichen Düngemittel fürs Wirtschaftsleben und für den Volkwohlstand haben, mag daraus erhellen, daß die Ernten bedeutend gesteigert werden konnten: sie betragen in Deutschland im Durchschnitt:

Im Jahre 1888, also vor 25 Jahren:

bei Weizen . . .	13.1 Doppelzentner pro Hektar
bei Roggen . . .	9.5

Im Jahre 1913:

bei Weizen . . .	22.6 Doppelzentner pro Hektar
bei Roggen . . .	18.5

Damit sind wir dem Ziele nahe, trotz der auf ca. 66 Millionen gestiegenen Bevölkerung den gesamten Bedarf an Brotfrüchten in Deutschland selbst zu erzeugen. Es bedarf nur noch einer gar nicht erheblichen Steigerung der Ernten, die leicht erreichbar ist, wenn auch die noch zurückgebliebenen Gegenden mehr und mehr zu rationaler Düngung übergehen. Hier kann und muß noch viel geschehen, insbesondere auch durch Bearbeitung der Moore und Oeländereien, einem Problem, der auch der Staat selbst großes Interesse entgegenbringt.

Der Weltbedarf an chemischen Düngemitteln wird für das Jahr 1911 von dem internationalen Institut für Landwirtschaft in Rom 1913 wie folgt geschätzt:

Superphosphate	9 604 000 Tonnen
Thomasmehl	3 263 000
Kalisalze	3 240 000
Chlorsalpeter	2 313 450
Schwefels. Ammoniak	1 050 000

Berliner Nachbörse.

§ Berlin, 16. Januar. (Per Ultimo.)

Kreditaktien	—	Kanada	217	Rhein. Stahlw.	157 1/2
Handl.-Gesell.	—	Orientbahn	198 1/2	Rombacher	156 1/2
Commerzbank	108 1/2	Meridional	—	Pakettfabr.	129 1/2
Darmst. Bank	117 1/2	Pennsylvania	—	Hamb.-Süd.	176 1/2
Deutsche Bank	250 1/2	Henri	150 1/2	Hamb.-Dampsch.	204
Disk.-Kommand.	188 1/2	4% Russen (1902)	89 1/2	Lloyd	119 1/2
Dresdner Bank	153 1/2	Türkenlose	169 1/2	Dynamit-Trust	178 1/2
Nationalbank	117 1/2	Aumetz-Friede	160 1/2	Naphtha-Nobel	293 1/2
Schaaffhausen	101 1/2	Bochumer	217 1/2	Allg. Elektrizität	298 1/2
Pet. Int. Halab.	202 1/2	Luxemburger	135 1/2	D. Uebersee El.	157 1/2
Lüb.-Büchsen	—	Gelsenkirchen	173 1/2	Siemens	213 1/2
Schmuggelbahn	127 1/2	Harpener	122 1/2	Schuckert	144 1/2
Lombard	—	Hohenloherw.	125 1/2	Gen. L. elektr.	104
Anstalt	—	Lanahütte	125 1/2	Utern	104
Baltimore	92 1/2	Phönix	258 1/2	South-Westf.	114 1/2

Frankfurter Nachbörse.

— Frankfurt a. M., 16. Jan. Kurse von 1 1/2 bis 2 1/2 Uhr. Kreditaktien 208 1/2, Disconto-Commandit 188 1/2, Dresdner Bank —, Petersb. Int. Handelsbank 206 1/2, Staatsbahn 151 1/2, Lombarden 22 1/2, Baltimore und Ohio 92 1/2, a 93 1/2, Nordl. Lloyd 118 1/2, a 118 1/2, Pakettfabr. —, Deutsch-Luxemburger 185 1/2, Gelsenkirchener 190 1/2, a 191 1/2, Phönix 238 1/2, a 1/2, Edison 233 —.

Banken und Geldmarkt.

w. Die Gesellschaft für elektrische Beleuchtung vom Jahre 1886 in St. Petersburg beruft eine außerordentliche Generalversammlung auf den 28. Januar zur Beschlussefassung über die Erhöhung des Aktienkapitals auf 50 Millionen Rubel durch die Ausgabe von 10 Millionen Rubel neuer Stammaktien.

* Zahlungsschwierigkeiten in Paris. Nach Meldungen aus Paris befindet sich die Spekulationsfirma Banque Auxiliaire Charles Victor, die mit 15 Mill. Franken Aktienkapital arbeitete, in Schwierigkeiten. Die Firma, die seit Jahren lebhaft in Pariser Lokalwerten, daneben aber auch in internationalen Papieren spekuliert, soll an russischen Bankaktien und angeblich auch in Mexikanern, Brasilianern usw. Verluste erlitten haben.

Industrie und Handel.

* Weitere Preiserhöhung für Bleifabrikate. Aus Köln wird berichtet: Die Verkaufsstelle für gepreßte und gewalzte Bleifabrikate hat mit sofortiger Gültigkeit die Verkaufspreise um 1 1/2 M. pro Doppelzentner erhöht.

* Die Süddeutsche Mühlenvereinigung hat den Weizenmehlpreis um 25 Pf. auf 30.75 M. pro Doppelzentner für den Großhandel ab Mühle erhöht.

* Aus dem Scheidemann-Konzern. Die Wilhelmshager chemische Fabrik in Hamburg, die zum Scherbenkonzern gehört, erklärt für 1913 wieder 10 Proz. Ertridende.

* Dividenden. Das Eisenwerk Wülfel schlägt wieder 12 Proz. Dividende vor. — Die Hermann Schött-A.-G. beschloß, eine Dividende von 9 Proz. (wie i. V.) vorzuschlagen.

Verkehrswesen.

w. Hamburg-Amerika-Linie. Wien, 16. Januar. Der wegen Verhandlung bezüglich der Neuorganisation des Schiffahrt- und Auswandererverkehrs hier weilende Generaldirektor Ballin teilte dem Vertreter des „Fremdenblattes“ über den Inhalt des Übereinkommens mit dem Handelsministerium folgendes mit: Die Hamburg-Amerika-Linie verkauft ihren Besitz von Aktien der Austro-Americana an ein unter Führung der Wiener Banken stehendes Konsortium und verzichtet ferner auf die Ausübung der ihr anstehenden Option auf einen weiteren Posten Aktien der Austro-Americana. In der Auswandererfrage gesteht die Hamburg-Amerika-Linie eine Kontrolle an der Grenze sowie die Einrichtung einer Kontrolle auf ihren Schiffen zu. Generaldirektor Ballin teilte schließlich noch mit, daß in der Poolfrage zwischen der Hamburg-Amerika-Linie und dem Norddeutschen Lloyd noch keine Annäherung erfolgt sei.

Marktberichte.

O. Heu- und Strohmärkte zu Frankfurt a. M. vom 16. Jan. Man notierte: Heu per 50 Kilo 3.10 bis 3.30 M. Geschäft: mäßig. Die Zufuhren waren aus den Kreisen Oberthunus, Hanau und Dieburg.

Die Morgen-Ausgabe umfaßt 12 Seiten und die Verlagssbeilage „Der Roman“.

Verantwortlich für den politischen Teil: H. Bergerhoff, für den Rest: H. u. E. Albert. Druck: H. u. E. Albert. Druck- und Verlagsanstalt: H. u. E. Albert. Druck- und Verlagsanstalt: H. u. E. Albert. Druck- und Verlagsanstalt: H. u. E. Albert.

*) Vergl. Artikel in Nr. 25 des „Wiesbadener Tagblattes“.

der Abgeordneten der Sechsgewerkschaft eine Haus-
suchung ab und verhaftete alle Delegierte, im ganzen
62 Personen, wegen Verletzung des Befehles über den
Belagerungszustand, welches eine Versammlung ohne
Genehmigung der Behörden untersagt.

Beibehaltung des Belagerungszustandes.

wb. Kapstadt, 16. Jan. Obwohl die Berichte aus
den verschiedenen Zentren ein allmähliches Zurück-
kehren zur Arbeit melden, dauert das Kriegs-
recht fort. Die Regierung beabsichtigt es aufrecht-
zuerhalten, bis normale Zustände zurückgekehrt
sind. Aus Durban, Braamfontein, Pretoria und andern-
orts werden weitere Verhaftungen von Arbeiterführern
gemeldet.

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Der deutsche Gesandte
in Luxemburg Graf Ulrich Schwerin wurde zum
preussischen Gesandten in Dresden als Nachfolger des wegen
Gesundheitsrückfällen zurücktretenden Herrn v. Bülow ernannt.

* Die Festsetzung der Matrifularbeiträge für 1914. Die
Matrifularbeiträge für 1914 sind jetzt nach den Beschlüssen
des Bundesrats neu festgesetzt worden. Mit drei Ausnahmen
sind die neuen Matrifularbeiträge geringer bemessen als die
für 1913. Im einzelnen betragen die Matrifularbeiträge
für Preußen 133 023 296 M., Bayern 23 068 850 M., Sachsen
18 411 637 M., Württemberg 8 904 434 M., Baden 8 211 454 M.,
Hessen 4 913 146 M., Mecklenburg-Schwerin 2 452 488 M.,
Sachsen-Weimar 1 600 578 M., Mecklenburg-Strelitz 407 913
M., Oldenburg 1 851 187 M., Braunschweig 1 804 468 M.,
Sachsen-Meiningen 1 066 837 M., Sachsen-Altenburg 828 258
M., Sachsen-Coburg und Gotha 885 569 M., Anhalt
1 268 971 M., Schwarzburg-Sondershausen 344 584 M.,
Schwarzburg-Rudolstadt 385 917 M., Waldeck 236 477 M.,
Neuch. a. L. 278 869 M., Neuch. j. L. 585 385 M., Schwarzburg-
Rippe 178 783 M., Rippe 678 428 M., Lübeck 440 887 M.,
Bremen 1 147 858 M., Hamburg 3 888 436 M., Elbich-Loh-
reuten 7 178 649 M. Die Gesamtsumme der Matrifular-
beiträge beläuft sich auf 245 968 224 M. gegen 255 419 818 M.
im Jahre 1913. Die Differenz beträgt mithin 9 461 094 M.
weniger.

* Die Untersuchung über die angebliche Verletzung des
Telegraphengeheimnisses bei dem Telegraphenamt Straßburg
(Bekanntgabe der an Herrn v. Jagow und Herrn v. Oldenburg
gerichteten Telegramme des Gerichtsvorstehenden) hat er-
geben, daß keine Pflichtverletzung der Telegraphen-
beamten in Frage vorliegt. Der Berichterstatter eines
auswärtigen Blattes hat sich die Kenntnis von den Tele-
grammen und ihrem Inhalt selbst verschafft, und zwar bei
der von dem Offiziersbureau bewirkten Auslieferung. Der
Bursche hatte die Telegramme am Schalter ausgebreitet,
bevor sie ihm der Beamte abnahm, wobei die Umstehen-
den den Inhalt nicht un schwer lesen konnten.

* Eine Wittensberg-Gedenkfeier. Anlässlich der vor 100
Jahren erfolgten Erbkürmung der Festung Wittensberg sind
dort vorgestern eine Feier statt. Der Gedenkstein ist aus
Quadersteinen der ehemaligen Festungswerke und mit
Kanonenkugeln gefüllt, die aus der Beschießung stammen.
Er ist in dem Rasenpark errichtet an der Stelle, wo vor 100
Jahren der Sturm unter Leitung des Grafen v. Löwenstein
seinen Anfang nahm. Der Gedenkfeier wohnten Vertreter
des Chefs des dort garnisonierenden Infanterie-Regiments
Nr. 20 mit dem Offizierscorp des Regiments sowie der
General des 8. Armeekorps, General v. Lohow, u. a. bei.

Rechtspflege und Verwaltung.

JM. Justiz-Personalien. Amtsrichter Dr. Saebgen in
Frankfurt a. M. wurde als Landrichter an das Landgericht
dortselbst berufen. — Gerichtsassessor Ungewitter in Frank-
furt a. M. wurde zum Amtsrichter ernannt. — Rechtsanwält
Dr. Elias in Wingen wurde zum Notar ernannt. — Rechts-
anwalt Kreppele aus Frankfurt a. M. wurde in die Liste
der Rechtsanwält bei dem Amtsgericht in Gumbert einge-
tragen. — Die Referendare Dr. Michel, Saffert, Dr.
Lettendorff, Hans Berner, Dr. Kahn, Dr. Carle-
bach im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Frankfurt a. M.
wurden zu Gerichtsassessoren ernannt.

Parlamentarisches.

Der preussische Landwirtschaftsminister über die Saison-
arbeiterfrage. In der Budgetkommission des Abge-
ordnetenhauses äußerte sich bei dem Etat der Landwirtschaft-
lichen Verwaltung der Minister v. Schorlemer-Niesser über
die Möglichkeit, daß der Zugang der Saisonarbeiter aus
Österreich und Rußland eine Winderung erfahren
könnte. Er wies darauf hin, daß das in Österreich geplante
Gesetz, betreffend die Auswanderung, allerdings nachteilig
wirken könne; von Deutschland sei man jedoch mit der öster-
reichischen Regierung in Verbindung getreten, so daß die hie-

figen Wünsche Berücksichtigung finden würden. In Rußland
bestehe ein Überschuß an menschlicher Arbeitskraft; ebenso
habe man dort im Interesse der Ernährung keine Beschrän-
kung, die Auswanderung zu beschränken. Solange der
Handelsvertrag bestehe, sei Rußland verpflichtet, den Saison-
arbeitern 10% Monatspässe zu geben. Wenn der Zugang von
Österreich und Rußland abnehme, läge dringendes Interesse
vor, die Rückwanderung deutscher Arbeiter zu
fördern. Aus diesem Grunde habe er den deutschen Aus-
wanderungsverein bereits wesentlich unterstützt und er werde es
auch fernerhin tun.

Den Fonds zur Förderung des Obst-, Wein- und Garten-
baus will ein schriftlicher Antrag Delius im preussischen
Abgeordnetenhaus für 1914 um 395 000 auf 500 000 erhöhen.

Der Wirtschaftsausschuß der bayerischen Kammer der
Abgeordneten hat beschlossen, die bayerische Staatsregierung
zu ersuchen, im Bundesrat dahin zu wirken, daß bei der Neu-
regelung der Zollverhältnisse die bisherigen Tariffätze der
Einfuhrzölle auf Wein, Rosin und Schaumwein sowie auf
Trauben und Traubenmaße eine Erhöhung, zum mindesten
keine Erniedrigung erfahren.

Bayerische Staatsgelder zur Beschaffung von Radium.
Der Finanzminister der bayerischen Abgeordneten-
kammer hat in seiner gestrigen Sitzung einstimmig den
Antrag der Staatsregierung, 800 000 M. zur Beschaffung von
Radium oder Mesothorium zu Zweck der Krebsheilung in
den Kliniken der drei Landesuniversitäten zu bewilligen, an-
genommen.

Die Frage der weiteren Fristverlängerung zur Ver-
mögenserklärung. Die Zweite sächsische Kammer nahm
längere Debatte den Antrag, die Regierung möge im Bun-
desrat dafür eintreten, daß die Frist zur Abgabe der Ver-
mögenserklärung bis Ende Februar verlängert wird, einstim-
mig an. Der Finanzminister von Seydewitz erklärte jedoch,
die Regierung sei daher außerstande, den Antrag auf allge-
meine Fristverlängerung bis Ende Februar beim Bundesrat
zu vertreten.

Aus der Zweiten badischen Kammer. In der gestrigen
Sitzung der Zweiten badischen Kammer erklärte Staats-
minister Dr. Freiberger v. Dusch auf diesbezügliche Aus-
sicherungen des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Frank
(Mannheim), die Behauptung, daß alle großen Ergebnisse als
Früchte des Sozialismus zu bezeichnen seien, müsse er mit
einem Fragezeichen versehen. Die Regierung werde mit
allen Parteien arbeiten und müsse es ablehnen, die Arbeit
allen mit dem Großhaß gegen das Zentrum zu machen. —
Finanzminister Dr. Rheinboldt erklärte bezüglich der Ver-
längerung der Frist zur Abgabe der Vermögenserklärung zum
Wählerbeitrag, daß die Frist nunmehr bis zum 31. Januar ver-
längert sei. Den neuen Militärvorleser sei ihm nichts
bekannt und zu solchen sei wohl auch kein Anlaß vor-
handen.

Heer und Flotte.

Personal-Veränderungen. Simon v. Sanders, Gen-
eral a. D. zuletzt Kom. der 22. Div. der Chetaler als Gen-
der Ab. verliehen. * Hr. v. Schlotzheim, Ritter und
Gef. Ober im 1. Inf. Reg. Nr. 12, mit dem 15. Januar
1914 zum Majoratadjuvanten St. Durand des Fürsten
Reich a. D. Kommandant des Fürstentums Neuch. a. D. ernannt;
derselbe trägt in dieser Stellung seine bisherige Uniform. *
v. Müller, Oberst und Majoratadjuvant des Fürsten
Reich a. D. Durand, Kommandant des Fürstentums Neuch. a. D. in
Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit der gesetzlichen Pension
und der Erlaubnis zum Tragen seiner bisherigen Uniform zur
Disposition gestellt. * Prinz Ernst von Sachsen-
Meiningen, Herzog zu Sachsen, Durchl. a. l. s. des 8.
Inf. Reg. Nr. 95, zur Kriegsschule in Hannover zwecks
Teilnahme am Unterricht und Ablegung der Offizier-Prüfung
kommandiert.

Generalleutnant v. D. Freiherr Gustav v. Horn, der
frühere Kommandeur der 2. bayerischen Kavalleriebrigade, ist
in München im Alter von 83 Jahren gestorben. Als
Vortageur mochte er noch den dänischen Feldzug von 1849
mit, wurde 1851 Leutnant und nahm als Rittmeister im
1. Manen-Regiment an den Kriegen von 1866 und 1870/71
teil. In letzterem erwarb er sich das Eiserne Kreuz 2. Klasse.
Von 1888 bis zu seinem Abschied im Jahre 1891 war er Kom-
mandeur der 2. Kavalleriebrigade. Er war ein Onkel des letz-
ten bayerischen Kriegsministers Grafen Horn.

Beförderung zu überzähligen Vizelfeldwebeln, Vizewacht-
meistern. Unteroffiziere, die nicht in der Front Dienst leisten
und infolgedessen nicht zu außeretatmäßigen Vizelfeldwebeln
— Offizierdiensttuern — befördert werden können, dürfen zu
überzähligen Vizelfeldwebeln — Vizewachtmeistern — ohne Ge-
währung der höheren Gehaltsstufe befördert werden, sofern im
Dienstalter jüngere Unteroffiziere desselben Truppenteils in
der Front zu außeretatmäßigen Vizelfeldwebeln usw. be-
fördert werden.

Standorte der Verlehrsstruppen. In den Standorten der
Verlehrsstruppen treten nachstehende Änderungen ein: Tele-
graphen-Bataillon Nr. 1, Stab, 1. bis 3. und 4. (Junker-)
Kompanie, Berlin-Treptow, 5. (Junker-) Kompanie Berlin

(Königs-Wusterhausen); 5. (Junker-) Kompanie Telegraphen-
Bataillon Nr. 3 Darmstadt; Telegraphen-Bataillon Nr. 5,
Stab, 1. bis 3. und 4. (Junker-) Kompanie, Danzig,
5. (Junker-) Kompanie Schneidemühl; Kriegstelegraphen-
Schule Spandau-Ruhleben; Stab und 1. Kompanie Luft-
schiffer-Bataillon Nr. 4 Mannheim; Stab und 2. Kompanie
Luftschiffer-Bataillon Nr. 5 Gumburg; 3. (Königl. Sächs.)
Kompanie Flieger-Bataillon Nr. 1 Großenhain; 3. Kom-
panie Flieger-Bataillon Nr. 3 Truppenübungs-
platz Darmstadt.

Post und Eisenbahn.

Reklameschilder an Eisenbahnstreden. Wie bekannt,
können auf Grund der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen
einzelne Gemeinden Ortsstatute erlassen, in denen vorge-
schrieben wird, daß die Anbringung von Reklameschildern
usw. der bahnpolizeilichen Genehmigung bedarf. Die An-
bringung von solchen Schildern innerhalb des Eisenbahngel-
andes fällt aber nur dann unter die bes. Ortsstatute, wenn
die Schilder von öffentlichen Straßen und Plätzen der betr.
Gemeinde aus sichtbar sind. Wie der preussische Eisenbahn-
minister angeordnet hat, soll in Zukunft bei Aufstellung von
Reklameschildern an Bahnstreden in der Nähe von Or-
tschaften stets geprüft werden, ob dabei nicht gegen ein
Ortsstatut der erwähnten Art verstoßen wird.

Deutsche Schuggebiete.

DKG. Die deutsche Kartage. Mit Rücksicht auf die
letzthin wiederholten Erwähnungen des belgischen Kartage-
gebietes dürften die Ausfuhrziffern von 1912 unter-
suchen. Die Provinz Katanga hat im genannten Jahre im
Spezialhandel rund 10 Tonnen Pflanzungsbaumholz und
18 Tonnen wilden Kautschuk ausgeführt für zu-
sammen 311 000 Franken. Der Kupferexport belief sich
auf rund 2500 Tonnen im Werte von etwas über 4 Millionen
Franken. In der Ausfuhrliste finden sich weiter noch Eisen-
stein, rohe Häute, Büffelhörner usw. Die Gesamt-
ausfuhr hat einen Wert von wenig über 4 1/2 Millionen
Franken. Zum Vergleich zieht die „Deutsche Kolonialzeitung“
die Zahlen der deutsch-südwestafrikanischen Kupferausfuhr
heran. Sie hat im Durchschnitt von 1908 bis 1912 einen Wert
gehabt von 54 Millionen Mark jährlich, das wären an-
nähernd 7 Millionen Franken —, ist also nicht unwesentlich
größer als die vielgerühmte Kupfererzeugung der belgischen
Kolonie.

Die Landesausstellung in Daresalam. Gegenüber auch
in der Presse verbreiteten Mitteilungen, als ob eine Ver-
schiebung der für August nächsten Jahres geplanten „All-
gemeinen Deutsch-Ostafrikanischen Landesausstellung“
in Daresalam angedacht wird, stellt das belgische Tele-
graphenbureau authentisch fest, daß hierzulande keineswegs die
Rede ist. Im Gegenteil hat eine vor einigen Tagen im
Reichskolonialamt abgehaltene Interessentenbesprechung vollste
Einigkeit ergeben, alle Kräfte für die rechtzeitige und wir-
kungsvolle Durchführung der Ausstellung einzusetzen. Dieses
Resultat kann um so mehr begrüßt werden, als die bisherigen
Vorarbeiten nicht nur in Deutschland in den verschiede-
nen Industriekreisen auf lebhaftes Interesse gestoßen
sind, sondern auch im Ausland, was von allen denjenigen
heimischen Interessenten nicht vergessen werden sollte, die
mit der auswärtigen Konkurrenz zu rechnen haben. So hat
sich vor kurzem in Belgien mit Unterstützung des dortigen
Kolonialministeriums ein Komitee gebildet, dem gleich bei
Beginn seiner Arbeiten etwa 30 feste Anmeldungen zugehen.
Gerade diese belgische Regsamkeit zeigt deutlich, wie richtig
man die gleichzeitig mit der Ausstellung erfolgende Tan-
ganjikabahn-Eröffnung als Einleitung einer
neuen Wirtschaftsära für unser Schuggebiet und als
Ausgangspunkt neuer wichtiger Handelsbeziehungen mit dem
ganzen bisher fast unerschlossenen Zentralafrika wertet. (An-
meldungen und Anfragen aller Art sind an den Heimischen
Arbeitsausschuß, Berlin NW. 40, Moonstraße 1, zu richten.)

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Verbot eines russischen Klubs in Prag. Prag, 16. Jan.
Die Prager Statthalterei verbot die Errichtung eines russischen
Klubs in Prag. Das Ministerium des Innern bestätigte
dieses Verbot unter der Begründung, daß die Bildung eines
russischen Klubs in Prag dem österreichischen Staate gefähr-
lich sei.

Niederlande.

Eine offiziöse deutsche Stimme zum Krupp-Zwischenfall
in der Kammer. Berlin, 16. Jan. Das belgische Tele-
graphenbureau berichtet uns: Zu dem Krupp-Zwischenfall in
der holländischen Zweiten Kammer erfahren wir zuverlässig,
daß die nach Essen entsandten holländischen Offiziere für ihre
Wohnung und Aufenthalt stets einen festen Satz zahlten

als für Koloratur verlangt; das bewies ihr Vortrag des
Strausschen „Ständchen“; nur ließ hier die Textbehandlung
zweifelhaft die wünschenswerte Klarheit vermissen. Man wird
wohl Fel. Siems auf der Bühne hören müssen, um ihr Talent
nach seiner vollen Bedeutung abzuschätzen; ihr geistiges Aus-
treten im Konzert hat trotz gewisser rühmlicher Kunstfer-
tigkeit doch ein wenig enttäuscht.

Noch ist der Wiedergabe von Ligit sinonischer Dichtung
„Lasso“ zu gedenken. Auch diesem Werke hatte Herr
Schuch eine fein-detaillierte Ausfertigung zuteil werden
lassen, und die Kapelle folgte bereitwillig seiner
schwungvollen Partitur. In prachtvoller Wärme das erste „Allegro“.
Im „Adagio“ hob sich die alpenianische Gondoliera der
Bajarinette tief elegisch hervor, wozu dann das graziöse
„Quasi Menuetto“ freundschaftlichen Gegensatz bildete. Das
Schluß-„Allegro“ erbaute, stolz und mächtig daher, und so
wurde das Werk in der rechten Weise zu siegesicherem Ab-
schluß gebracht. O. D.

Rus Kunst und Leben.

* Königl. Schauspiele. Die Stützen der Gesell-
schaft. Dieses Schauspiel ist ins neueinstudiert in den Spiel-
plan wieder aufgenommen zu haben, bedeutet entschieden eine
Bereicherung des Repertoires. Das interessante Stück, das die
menschlichen Schwächen so treffend geistlich, verheißt auch
gesternabend seinen Eindruck nicht. Im Mittelpunkt stand
natürlich die Gestalt des Komjals Bernia, die Herr Everich
zu verkörpern hatte. Herr Everich ist ein tüchtiger Schau-
spieler, und da war es auch eine tüchtige Leistung, die er bot.

Allerdings nicht überlegend, wie sie Wassermann schuf, oder
auch Georg Räder. Ein guter Partner war ihm Herr
Schuch als hübschförmiger Johann und Fel. Eichelsheim
als burleske Schwester Lona. Frau Wahrhammer war
trotz harter Indisposition eine sympathische Dama, nur hätte
die Regie dafür sorgen müssen, daß sie ihre Reise nach
Amerika in einem anderen Kostüm antrat als im Malkäth-
chen mit großem Rosenhut. Auch noch bei Sturm! Im
Jahre 1877 gab's gewiß schon richtige Reiseschätze statt Rosen-
hüte! Die kleineren Rollen wurden alle mehr oder weniger
gut gespielt. Sehr nett gab Fel. Schrötter den Olaf.
Das Publikum dankte durch reiches Beifall. B. v. N.

Kleine Chronik.

Theater und Literatur. In Paris hat eine aus-
ländische Theatergenrale der am Jahresende
auscheidende Direktor der Großen Oper, Trouffan, ins
Leben gerufen: er gründete eine Gesellschaft mit 600 000
Franken Kapital, um für größere Verbreitung der franzö-
sischen Bühnenwerke im Ausland zu sorgen.
„Das Mirakel“ von Karl Vollmöller fand im
Hamburger Sirkus Lütz eine ziemlich tüchtige Aufnahme.
Aus Paris wird uns gemeldet: Der Direktor der
Ecole normale supérieure, Labisse, erhält das Großkreuz
der Ehrenlegion, Pierre Loti wird zum Großoffizier und
Dr. Charles Richet, Träger des Nobelpreises für Medizin,
zum Kommandeur der Ehrenlegion ernannt.
„Der Flüchtling“, das vieraktige Drama von John
Galsworthy, erlebte am Donnerstag im Stettiner
Stadttheater bei seiner deutschen Uraufführung nur einen
Mißerfolg.

Wilde Kunst und Musik. Caruso erlitt während
einer Aufführung des „Cajazzo“ an der Metropolitan Opera
zu New York, wie dem „N. L.“ telegraphiert wird, starke
Schwindelanfälle, so daß er nur mit Mühe seine
Rolle zu Ende führen konnte. Eine ernste Erkrankung liegt
indes nicht vor.

Generalintendant v. Hülsen hat den Frankfurter
Opernsänger Robert Hutt eingeladen, Ende Januar an vier
Tagen in der Berliner Hofoper den Parsifal zu singen. Herr
Hutt mußte die Einladung für diesen Monat mit Rücksicht auf
seine Frankfurter Verpflichtungen ablehnen.

Siegfried Wagner wird am 3. Februar in der Musi-
halle zu Hamburg ein großes Konzert eigener Komposi-
tionen veranstalten.

Im Theater am Gärtnerplatz zu München gelangt
am 21. ds. die dreifaktige Operette „Der blaue Reiter“
von Leo Walter Stein und Ludwig Heller, Musik von Fried-
rich Beer, zur Uraufführung.

Wissenschaft und Technik. In Freiburg i. Br. sind
dem Geheimen Hofrat Professor Dr. Krönig an der Uni-
versitätsklinik von Spendern, die nicht genannt sein wollen,
188 000 M. für Krebsbehandlungen geschenkt
worden.

Die Hochschule für kommunale und soziale Verwaltung
in Köln veranstaltet in der Zeit vom 25. Februar bis
3. März d. J. ihren dritten Fortbildungskursus, diesmal über
das Gesamtbema: „Das moderne Leitungs-
weien“.

und die in der Kammer gefallenen Worte von Zulagen und anderen Vorteilen gänzlich grundlose Verdächtigungen sind, welche die Verwunderung des Kriegsministers sehr erklärlich erscheinen lassen.

Frankreich.

Die geplanten Steuern. Paris, 16. Jan. Unter den von Finanzminister Caillaux geplanten Steuern sind hervorzuheben: Erhöhung der Gewerbesteuer der Kinematographentheater, Erhöhung der Stempelsteuer beim Verkauf von Geschäften und bei Möbelversteigerungen (Ertragnis 15 Millionen Franken), Erhöhung des Quittungstempels (8 Millionen Franken), Erhöhung der Stempelsteuer auf Wertpapiere ausländischer Gesellschaften, welche keinen Kaufschilling bezahlen, von 2 auf 3 Prozent (1.000.000 Franken), Erhöhung der Steuer auf Worfgeschäfte mit Ausnahme der französischen Meile (3.200.000 Franken), Abänderung der Zollsätze auf Kunstwerke (1.500.000 Franken), Verdoppelung der Zuschlagssätze auf Wein und ähnliche alkoholische Getränke (3.200.000 Franken).

Frankreich und die olympischen Spiele in Berlin. Paris, 16. Jan. Der Ministerpräsident gab einer bei ihm erschienenen Abordnung des französischen Hauptauschusses für die Berliner olympischen Spiele bekannt, daß dem Ersuchen um eine Staatsunterstützung von 600.000 M. nicht Folge gegeben werden könnte. Der Minister des Äußern sei bereit, für die allgemeinen Ausgaben 150.000 Franken zu bewilligen. Dem Minister des Innern stehe es zu, einen gewissen Beitrag für zweckdienliche Ausbildung der Athleten zu bewilligen, die Frankreich in Berlin vertreten.

Die kirchliche Maßregelung des Abbe Lemire. Lille, 16. Jan. Die „Semaine religieuse“ meldet, verhängte der Bischof von Lille über den Abbe Lemire das Suspendio a sacris. Die Strafe wird aufgehoben, sobald der Abbe zu seinen priesterlichen Pflichten zurückkehrt.

Der Mörder Scherif-Bascha. Paris, 16. Jan. Der Urheber des Attentats gegen Scherif-Bascha ist heute nachmittag in der Morgue identifiziert worden. Er wurde von seiner Vermieterin als ein gewisser Ali Djebad-Bei erkannt. Inzwischen ist der gestern verhaftete Burhan Eddin von dem Untersuchungsrichter einem Verhör unterworfen worden. Er ist der Bruder des türkischen Gesandten in Brüssel, Selveddin-Bei, und war früher Leiter des Théâtre Francaise in Konstantinopel. Burhan Eddin protestiert lebhaft gegen die wider ihn erhobenen Anschuldigungen und behauptet, nicht das geringste mit der Angelegenheit zu tun zu haben.

England.

Eine neue Anrede. London, 16. Jan. Der deutsche Botschafter Fürst Shtromovskij war heute abend Ehrengast der hiesigen Handelskammer, die ihn zu Ehren ein Bankett gab. In Erwiderung auf die Ansprache des Präsidenten der Handelskammer sagte der Fürst: Je mehr er die englische Handelswelt kennen lerne, desto mehr würde er überzeugt, daß es keine stärkeren Anhänger guter freundschaftlicher Beziehungen zu allen Nachbarländern gäbe als sie. Der enorme Wert des englisch-deutschen Handels bilde ein wertvolles Bindeglied zwischen beiden Ländern und die fortschreitende Entwicklung beider Nationen mache die Fortdauer ungestörter freundschaftlicher Beziehungen notwendig. Das Wohlstand der deutschen Industrie und des Handels sei kein Hindernis für freundschaftliche Beziehungen zwischen beiden Ländern. Die deutsche Industrie habe keine solche Konkurrenz und Eifersucht erregt, daß die Beziehungen unter der Handelspolitik leiden müßten. Am Schluß sprach der Botschafter die Hoffnung aus, daß die nahe Zukunft den Telephondienst zwischen England und Deutschland sehen würde.

Zum Unterseebootsumlauf. Plymouth, 16. Jan. Das gefundene Unterseeboot „A. 7“ liegt 17 Faden unter Wasser. Die Bemühungen, es zu heben, waren bis 7 Uhr abends erfolglos. Um 9 Uhr abends wurden die Rettungsarbeiten eingestellt; sie werden erst morgen früh wieder aufgenommen werden. Als Taucher zuerst hinabgestiegen waren, klopften sie an den Rumpf des Unterseebootes und empfingen Antwort von der Besatzung. Als sie aber um 8 Uhr zum zweiten Male hinabstiegen, empfingen sie auf ihre Zeichen keine Antwort. Man glaubt, daß die Ursache des Unglücks auf ein Versagen der Pumpen, welche die Wasserbehälter hätten leeren sollen, zurückzuführen ist. — Das Unterseeboot „A. 7“ manövrierte mit anderen Unterseebooten in der Bai von Comwands, die ungefähr 8 Meilen von Plymouth entfernt ist. Noch einigen Manövern merkte man, daß das Unterseeboot „A. 7“ fehlte. Es sollen 12 Mann und ein Leutnant an Bord gewesen sein. „A. 7“ gehörte einem älteren Typ an. Es ist im Jahre 1905 vom Stapel gelaufen, hat eine Wasserbedeckung von 180 Tonnen bei Überwasserfahrt und von 207 Tonnen bei Unterwasserfahrt. Es stellt einen vergrößerten Typ der „Holland“-Boote dar und ist mit Otto-Explosionsmotoren ausgerüstet, die dem Schiff eine Geschwindigkeit von 12 Seemeilen über Wasser und 8 Seemeilen unter Wasser geben.

Spanien.

Verhärterung der Streiklage im Rio-Tinto-Gebiet. Madrid, 17. Jan. Die Verhandlungen des gemischten Schiedsgerichts im Rio-Tinto-Gebiet wurden ohne Ergebnis abgebrochen. Das bereits größtenteils von der neuen Streikbewegung erfasste Minengebiet geht damit einer abermaligen Lahmlegung entgegen.

Schweden.

Die Thronrede. Stockholm, 16. Jan. Der Reichstag ist durch den König feierlich eröffnet worden. Die Thronrede erwähnt in erster Linie den Tod der Königin-Mutter, deren Pflichttreue und Arbeit im Dienste der leidenden Mitmenschen hervorgehoben wird. Dann bezeichnet die Thronrede die Beziehungen Schwedens zu den fremden Mächten als fortbauern freundschaftlich. Ferner wird mitgeteilt, die Regierung beabsichtige die Einbringung wichtiger Vorlagen zur Verbesserung der Landesverteidigung. In Verbindung damit wird eine besondere Wehrsteuer auf größere Vermögen und größere Einkommen geplant. Unter den humanitären und sozialen Gesetzentwürfen hebt die Rede die durchgreifende Veränderung in den Rechtsbestimmungen über den Verkauf geistiger Getränke sowie die Maßnahmen gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit und die neue Vorlage zur Bekämpfung der Tuberkulose hervor. Die Staatseinnahmen seien fortgesetzt gut. Es soll eine Anleihe von 20 1/2 Millionen Kronen abgeschlossen, aber ausschließlich für die Förderung produktiver Zwecke verwendet werden. Für die Erbauung einer

neuen schwedischen Kirche in Berlin sind 65.000 Kronen im Etat vorgesehen.

Rußland.

Graf Witte zu den Handelsvertragsvorarbeiten mit Deutschland. Petersburg, 16. Jan. Man will bestimmt wissen, daß in den hohen Regierungskreisen die Absicht besteht, dem Grafen Witte wider einen Regierungsposten anzutreten. Die Vorarbeiten zur Erneuerung des Handelsvertrags mit Deutschland erregen bei der Regierung sowohl wie in den Handels- und Industriekreisen Mißfallen, weil sie rein theoretisch geführt werden. Man befürchtet, von den Deutschen eine Niederlage zu erleiden. Dem neuen Handelsvertrag mit Deutschland wird jedoch angesichts des ständig steigenden Handelsverkehrs eine so hohe wirtschaftliche Bedeutung beigemessen, daß die besten Kräfte zur Mitarbeit herangezogen werden müssen. Da Graf Witte mit den russischen und deutschen Wirtschafts- und Handelsverhältnissen vollkommen vertraut ist, wird man nicht umhin können, ihn mit der Leitung in den Vorbereitungen zur Erneuerung des Handelsvertrags zu betrauen. Graf Witte habe jedoch seinen Freunden erklärt, daß er dem Ruf der Regierung nicht Folge leisten wird.

Ein Seherstreik in Warschau. Warschau, 16. Jan. Nach dem Beispiel der Krakauer Seher stellen die Seher einiger Zeitungen die Arbeit ein. Drei Zeitungen sind nicht erschienen.

Rumänien.

Das neue Ministerium. Bukarest, 16. Jan. Nach einer offiziellen Mitteilung setzt sich das neue Kabinett folgendermaßen zusammen: Ioan Bratianu, Vorsitz und Krieg; Coslinescu, Finanzen; Borumbacu, Äußeres; Moratinu, Inneres; Antonescu, Justiz; Constantinescu, Verkehr; Duta, Unterricht; Kacobitch, Handel; Unghelescu, öffentliche Arbeiten. Das Kabinett wird morgen den Eid leisten.

Bulgarien.

Der Termin der Neuwahlen. Sofia, 17. Jan. Die Wahlen für die neue Sobotranje werden am 28. Februar a. St. stattfinden.

Albanien.

Oesterreich entfendet keine Schiffe. Wien, 16. Jan. Die in Subapost verbreiteten Gerüchte, daß die anlässlich des Stapelaufbaus des österreichisch-ungarischen Dreadnoughts „Hftwan“ in Trieste anwesenden österreichisch-ungarischen Kriegsschiffe Befehl erhalten haben sollen, sich zum Auslaufen nach Albanien bereit zu halten, werden an hiesigen zuständigen Stellen mit dem Bemerkens demontiert, daß kein derartiger Befehl ergangen sei.

Stille Ruhe im Lande. Salona, 16. Jan. Entgegen den im Ausland verbreiteten Gerüchten, nach denen in Albanien Unruhen herrschen sollen, ist zu konstatieren, daß im ganzen Lande völlige Ruhe herrscht. Die Proklamation der Kontrollkommission und der Aufruf, den der Gendarmenoberst Beer an die Bevölkerung erlassen hat, haben eine überaus beruhigende Wirkung zur Folge gehabt.

Bitte um internationale Truppen. Wien, 16. Jan. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Salona: Die provisorische Regierung hat bei der internationalen Kontrollkommission Schritte unternommen, damit diese von Europa die Absendung internationaler Truppen zur Garantie der Ordnung und Sicherheit in der Stadt fordere.

Türkei.

Die Flottenpropaganda. Konstantinopel, 16. Jan. Im Theater von Stambul wurde gestern vom Flottenverein unter dem Protektorat des Kriegsministers eine Vorstellung veranstaltet. Der Präsident des Vereins hielt eine Rede, in welcher er durchblicken ließ, daß er demnächst eine wichtige Mitteilung über die Verstärkung der türkischen Flotte machen werde. Für den Augenblick könne er nähere Angaben nicht machen. Während der Vorstellung wurde eine beträchtliche Summe für die Flotte gesammelt.

Nordamerika.

Ein weitgehender Antrag zum Trutzgesetz. Washington, 16. Jan. Das Mitglied des Kongresses Sianich brachte nach der Konferenz mit dem Präsidenten Wilson einen Abänderungsantrag zum Trutzgesetz ein, der jegliche Konopolisierung und Beschränkung des Handels verbietet. Der Abänderungsantrag soll den von dem Obersten Gerichtshof in dem Verfahren gegen die Standard Oil Company wegen Verletzung des Trutzgesetzes aufgestellten Grundsatz der vernunftgemäßen Beschränkung aufheben.

Südamerika.

Eine eigene Schifffahrtlinie in Ecuador. Quito, 16. Jan. Die Kammer haben die Regierung ermächtigt, eine nationale Dampfschifffahrtsgesellschaft zu gründen.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Wintermanöver.

Unter Beteiligung der Garnisonen Frankfurt, Gomburg, Offenbach, Wiesbaden und Mainz fand am Donnerstag in dem Hügelland zwischen Lams und Untermain eine kriegsmäßige Winterfeldübung statt. Die Kriegslage war folgende: Eine von Sieben kommende Armee hatte in Höchst a. M. die Eisenbahn verlassen und den Befehl erhalten, die Schwarzbahnlinie bei Hofheim gegen eine von Mainz anmarschierende feindliche Armee zu verteidigen. In der Verteidigungsstellung standen die Infanterie-Regiment 80 und 81, das 63. Artillerie-Regiment und zwei Schwadronen Dragoner, auf feindlicher Seite die 87er und 88er, das 23. Artillerie-Regiment und mehrere Schwadronen Ulanen. Nach längerem Vorpostenkampfe überschritt die Czarnee den Schwarzbach und schlug den Feind bei Marxheim und später bei Diedenbergen. — Die Übung stellte an die Mannschaften ganz erhebliche Anforderungen. Trotz der schneidenden Kälte kamen nirgends ernsthafte Unfälle vor. Allerdings war für die Mannschaften in besonderer Weise gesorgt worden. Jeder Soldat war mit Mantel, Handschuhen und Kopfschützer ausgerüstet. Sodann tranken die fahrbaren Feldküchen in ausgiebiger Weise in Lärgelei. Auf dem Hinmarsch wurde z. B. den Stern bei Höchst Naffee verabfolgt. Nach dem Gefecht gab es an der Schanze zwischen Weibach und Hattersheim Erbsen mit Speck, ein Gericht, das allen Kriegsteilnehmern ganz ausgezeichnet munde und an dem sich auch

die Offiziere gütlich taten. Selbst auf dem Rückmarsch trank man bei Höchst noch einmal Naffee, so daß die Kälte von den Deuten fast gar nicht empfunden wurde. Zuschauer fand die Übung nur wenig; ihnen war es doch etwas zu ungemütlich dort draußen. Gegen 5 Uhr kehrten die Truppen in ihre Stände zurück. Eine zweite für heute Samstag vorgesehene Feldübung wurde gestern abgefragt; sie findet später statt.

— Todesfall. Der Wassermeister bei der Sturverwaltung Friedrich Schulz ist im Alter von 64 Jahren gestorben. Der Verstorbene war bekannt durch seine Balkonauffstiege, die er vom Kurgarten aus unter dem Namen „Monsieur le Maire“ auszuführen pflegte. Schulz war geborener Wiesbadener und ist in seinen jüngeren Jahren lange Zeit bei der Handelsmarine gewesen.

— Zahlreiche Weibebildungsgebungen zum Tod Georg Küfers sind seiner Gattin und auch dem Direktor des Residenz-Theaters Dr. H. Rauch von nach und fern aus allen Kreisen der Bevölkerung, von vielen Kurgästen, Schriftstellern und berühmten Gästen des Theaters zugegangen. Der Fürst und die Fürstin von Schwarzburg haben ihr Weibebildungsgebungen und unser Oberbürgermeister Geh. Rat Dr. Gläffing hat mit einem warmherzigen Schreiben an dem schweren Verlust des Residenz-Theaters teilgenommen.

— Fristverlängerung für die Abgabe von Steuererklärungen. Von dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission wird darauf hingewiesen, daß der Finanzminister die Kommission beauftragt hat, die Frist für die Abgabe der Erklärungen zur Einkommen- und Vermögenssteuer sowie zur Versteuerungsveranlagung bis zum 31. Januar zu verlängern.

— Anbahn und Paulinenschloßhöfen. Die von anderer Seite gebrachte Nachricht, daß Verhandlungen zwischen dem Magistrat der Stadt Wiesbaden und dem Kurhauspräsidenten, dem Königl. Hoflieferanten Kuthe, schweben wegen Übernahme des Paulinenschloßhöfens, in dem Herr Kuthe ein großstädtisches Vergnügungsort einrichten wolle, ist unzutreffend. Herr Kuthe hat eine solche Absicht nicht.

— Das geheime Wahlrecht für Kommunalwahlen. Der Verband Nassauischer Bürgervereine hat an die beiden Häuser des Landtags erneut eine Eingabe wegen der Herbeiführung des geheimen Wahlrechts bei Kommunalwahlen gerichtet. Die Begründung der Eingabe ist im wesentlichen folgende: „Da sich anlässlich der Beratungen des preussischen Landtagswahlrechts fast alle Parteien des hohen Hauses für die Ersetzung der öffentlichen Stimmabgabe durch die geheime ausgesprochen, dürfen wir uns eine ausgebreitete Begründung unserer Eingabe wohl erlauben, zudem sind wir einer Berücksichtigung derselben schon um so eher gewiß, als durch sie eine gerade bei Kommunalwahlen leichtmöglichste unmoralische Einwirkung unter wirtschaftlich voneinander abhängigen Wählern ausgeschlossen würde. Der gegenwärtige Gebrauch der öffentlichen Stimmabgabe hat schon wiederholt nach dieser Richtung hin bedenkliche Wirkungen gezeigt. Wir halten ihn auch aus dem Grunde für dringend der Reform bedürftig, weil sich, besonders aus den mit Industrie besetzten Gegenden unserer Provinz, die Anzeichen dafür mehrten, daß die Sozialdemokratie sich durch rücksichtslose Propagandamaßnahmen gegenüber bürgerlichen Wählern in den Besitz von Mandaten bringt, die ihr bei einer nicht durch das Schredmittel der wirtschaftlichen Schädigung beeinflussten Wählerschaft keineswegs zufallen würden.“ Eine gleiche Eingabe hat der Provinzialverband der Hannoverischen Bürgervereine an den Landtag gerichtet. Zwischen den beiden genannten Verbänden sowie einer Reihe weiterer deutscher Bürgervereinsverbände und eben Verhandlungen im Gange, die den Zusammenschluß zu einem Reichsverband deutscher Bürgervereine bezwecken. Die Anregung hierzu ist von dem Nassauischen Verband ausgegangen.

— Zur Befreiung der Stadtbankkassette wird uns von zuständiger Seite mitgeteilt, daß die in der heutigen Morgen-Ausgabe erwähnten Gerüchte jählich völlig unzutreffend sind; damit entfällt auch jeder Anlaß für die daran geknüpften persönlichen Angriffe gegen den Direktor einer hiesigen höheren Lehranstalt. — Zur Sache selbst ist noch zu bemerken, daß, wie wir erfahren, die ganze Angelegenheit bereits erledigt gewesen ist, als der erste dieser Artikel erschien, und zwar ganz im Sinne des Herrn Verfassers, von dem wir übrigens annehmen mußten, daß er besser unterrichtet sei, als dies zu unserem Bedauern tatsächlich der Fall gewesen zu sein scheint.

— Die Käufer des Hatter Arealls scheinen mit ihrem Brennholzverkauf wenig Glück zu haben. Bis heute waren zwei Versteigerungstermine festgesetzt. Das Holz lagert an recht ungünstiger Absatzstelle. Die Beteiligung bei den Versteigerungen ist daher keine allzu erhebliche, und wenn wir richtig unterrichtet sind, konnten von den vielen Tausend ausgebotenen Nummern im ersten Versteigerungstermin nur einige hundert abgekauft werden.

— Königl. Schauspieler. Wie die Intendantur mitteilt, ist es in letzter Zeit sehr oft vorgekommen, daß Abonnenten des Königl. Theaters ihre Abonnementkarten vergessen hatten. Die Intendantur nimmt daher Veranlassung, auf § 10 der Abonnementbestimmungen hinzuweisen, wonach der Eintritt in das Königl. Theater nur gegen Vorzeigung der Abonnementkarte gestattet ist, und richtet an die Abonnenten die Bitte, die Bestimmung zukünftig zu beachten. Andernfalls würde sich die Intendantur genötigt sehen, diese Verdrüsslichen Abonnenten gegenüber, die hiergegen mehrfach verflohen, zur Anwendung zu bringen.

— Ausweisung? Aufsehen erregt hier in der Gesellschaft das plötzliche Verschwinden des Barons de Reulemeester, der seit Jahresfrist schöne Aussicht 5 wohnte und in der Gesellschaft, besonders in Rennsportkreisen, eine Rolle spielte. Am 10. Januar verließ der Baron plötzlich; er soll einem Ausweisungsbefehl als „lästiger Ausländer“ zuvorgekommen sein und sich zunächst nach Berlin, von da aber nach Brüssel gewandt haben.

— Feuerbestattung. Im Mainzer Krematorium haben im 4. Quartal 1913 108 Einäscherungen stattgefunden. Von diesen waren 17 aus Mainz, 22 aus Wiesbaden, je 6 aus Düsseldorf und Köln, 5 aus Bonn, 4 aus Darmstadt, je 3 aus Saarbrücken und Eisen, je 2 aus Aachen, Greifeld, Elberfeld, Godesberg und Kreuznach, je eine aus Algen, Beuel, Biebrich, Bloemendaal i. Holl., Bingen, Bornum, Diebelsheim, Bodum, Diedenhofen, Duisburg, Bad Ems, Engers, Homborn, Haag i. Holl., Göttingen, Großknigsdorf, Nieder-Ingelheim, Nassau, Neuwied, Reulbach, Rheiport i. Belg., Rierstein, Oberwesel, Spa i. Belg., Sonnenberg i. Wiesbaden, Singapore, Solingen, Troisdorf, Verdingen, Ulrecht, Bahn und Weilburg. Unter den Eingäscherten waren 67 männliche und 41 weib-

liche Personen, von denen 1 im Alter unter 1 Jahr, 2 im Alter von 1 bis 10 Jahren, 8 im Alter von 11 bis 20 Jahren, 6 im Alter von 21 bis 30 Jahren, 6 im Alter von 31 bis 40 Jahren, 14 im Alter von 41 bis 50 Jahren, 30 im Alter von 51 bis 60 Jahren, 26 im Alter von 61 bis 70 Jahren, 15 im Alter von 71 bis 80 Jahren, 5 im Alter von 81 bis 90 Jahren standen. Der Religionsstand war 89 evangelisch, 9 katholisch, 1 altkatholisch, 5 israelitisch, 4 Dissidenten. Die Gesamtzahl der Einkommenssteuer betrug 410 gegen 477 des Vorjahres. Der Rückgang ist zurückzuführen auf die Inbetriebnahme der Krematorien Hagen und Wiesbaden.

Die Eiserner hat bei uns mit heute ihren Anfang genommen. Während des Tages waren Dutzende von Wagen zu bemerken, welche das Eis den Kellern zuführten. Die Stärke der Eischollen ist bereits eine ziemlich erhebliche.

Die Privatbeleidigungssagen haben bei unseren Gerichten in der letzten Zeit eine ganz erhebliche Zunahme erfahren. Während bislang eine Sitzung wöchentlich zur Erledigung derselben vollständig ausreichte, hat sich seit kurzem ein zweiter Sitzungstag als Bedürfnis herausgestellt.

100jähriges Regimentjubiläum. Das königl. Bayerische 1. Schwere Reiter-Regiment Prinz Karl von Bayern in München feiert in den Tagen des 20., 21., 22. und 23. Jan. sein 100jähriges Bestehen. Alle ehemaligen Regimentangehörigen, welche in hiesiger Gegend wohnen, auch diejenigen, welche noch als Militär in dem Regiment standen, sind hierzu eingeladen und werden ersucht, ihre Adresse mit Angabe des seinerzeitigen Dienstverhältnisses im Regiment dem Obmann Faber Fischer in Frankfurt a. M.-Süd, Dannerstraße 8, bis zum 15. März bekanntzugeben.

Veteranenreise nach Frankreich. Die 12. Veteranenreise nach Paris-Orleans-Sedan-Reims zum Besuch der Schlachtfelder vom Feldzug 1870/71 findet vom 15. bis 28. Mai d. J. statt. Ein sechsstägiger Aufenthalt in Paris und Umgebung ist damit verbunden. Ferner werden folgende Schlachtfelder und Städte besucht: Ardenay, Vouzay, Lameau, Soigny, Chateau-Gouray, Beaumont, Beauchamp, Cravant, Beaumont, Villechaumont, Omes, Coulmiers, Blois, Tours, Le Mans, Reims, Balan, Domelles, Daigny, Jilly, Floing, Donchery, Bellevue, St.-Hubert, Point du Jour, Verneville, St. Privat la Montagne, Amamweiler. Auch der jüngeren Generation ist es gestattet, an der Reise teilzunehmen. Alles Nähere sowie ein genauer Prospekt für die Reise ist gegen Einsendung einer 10-Pf.-Marke zu beziehen durch die „Zentralstelle für Veteranenreisen nach Frankreich“ in München, Dörfnerstraße 11.

Berhaftung. Der 62 Jahre alte Andreas Schürer, der angeblich aus Hermersheim bei Uffenheim in Bayern stammt, wurde gestern nachmittag von der Kriminalpolizei verhaftet, als er einem Juwelier eine neue, aber verbogene goldene Uhrkette verkaufen wollte. Bei der Überprüfung nach dem Untersuchungsgefängnis wurden in seinem Besitz noch weitere fünf goldene Ketten gefunden, die er, in ein Taschentuch eingewickelt, unter dem Kragen verborgen trug. Die gefundenen goldenen Ketten stammen aus Diebstählen, die er in der Umgebung und in Süddeutschland verübt hatte. Der Verhaftete wurde von der Staatsanwaltschaft in Karlsruhe gesucht und soll auch in Mainz und Darmstadt mehrere Diebstähle ausgeführt haben.

Schwerer Unfall. Gestern nachmittag 2 Uhr stürzte in der Bleichstraße am Bismarckring ein Radfahrer und blieb lange bewegungslos liegen. Ein Arzt verband ihn und die Sanitätswache brachte ihn in das städtische Krankenhaus.

Personal-Nachrichten. Landgraf Alexander Friedrich von Hessen wird heute mit Gefolge hier ankommen, im Kurhaus frühstücken und dem Nachmittagskonzert dabei selbst anwohnen.

Kurhaus. Die Eisbahn auf dem großen Kurhausweiser ist seit gestern dem Schlittschuhlaufen geöffnet.

Kleine Notizen. Das Residenz-Theater plant anfangs Februar eine Wohltätigkeits-Vorstellung zugunsten der durch die Sturmflut in der Ostsee Geschädigten.

Spielplan der Wiesbadener Theater.

Tag	Abend	Mittag	Kur-Theater
Sonntag	Ab. A. Oberon.	10 Uhr: (Falken-Dr.) Die drei Mosen 7 Uhr: Schneider Wibel.	5 1/2 Uhr: (M. W.) Präzision Sch. 8 Uhr: Seine Geliebte.
Montag	Ab. B. Die Schönen der Welt.	10 Uhr: Die drei Mosen 7 Uhr: Schneider Wibel.	Seine Geliebte.
Dienstag	Ab. C. Ariadne auf Naxos.	10 Uhr: Die drei Mosen 7 Uhr: Schneider Wibel.	Seine Geliebte.
Mittwoch	Ab. D. Madame Butterfly.	10 Uhr: Die drei Mosen 7 Uhr: Schneider Wibel.	Ein tollerter Reden.
Donnerstag	Ab. A. Hübner.	10 Uhr: Die drei Mosen 7 Uhr: Schneider Wibel.	Seine Geliebte.
Freitag	Ab. B. Die drei Mosen.	10 Uhr: Die drei Mosen 7 Uhr: Schneider Wibel.	Seine Geliebte.
Sonntag	Sam. ersten Mal: Volontäre.	Unbestimmt.	Unbestimmt.
Sonntag	7 1/2 Uhr: (Wohltät.) Die Hermannsdenkmäler 7 Uhr: Ab. B. Volontäre.	Unbestimmt.	Unbestimmt.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

Kurhaus. Die Orgel-Konzerte am Sonntagvormittag 11 1/2 Uhr im großen Saal des Kurhauses wird, wie wir bereits mitteilen, von Ferdinand Schmidt, Organist der Lutherkirche in Köln, ausgeführt. Der Künstler bringt zum Vortrage: J. S. Bach: Toccata, Adagio und Fuge in C-Dur, Ferd. Schmidt: Pastorale und Fuge in D-Moll, op. 5, und J. Bachmann: Suite Gothique. Außerdem wirkt Ferdinand Schmidt aus Frankfurt a. M. solistisch mit; er wird die Arie aus dem Requiem „Consultatus maledictus“ von Verdi, sowie drei Lieder von Beethoven, Hugo Wolf und Dvorak, sämtlich mit Orgelbegleitung, vorzutragen bringen.

Wochen-Programm der Kur-Vorstellungen. Sonntag, 18. Jan.: 11 1/2 Uhr: Konzert in der Hochbrunn-Ortskirche. 11 1/2 Uhr im Abonnement im großen Saal: Orgel-Konzert (Orgel: Organist Ferdinand Schmidt Köln). 4 Uhr im Abonnement im großen Saal: Symphonie-Konzert (Leitung: hiesiger Musikdirektor Karl Schürich). 8 Uhr: Abonnement-Konzert. Montag, 19. Jan.: 4 und 8 Uhr: Abonnement-Konzert. Dienstag, 20. Jan.: 4 und 8 Uhr: Abonnement-Konzert. 5 Uhr im Weinsalon: Tee-Konzert. Mittwoch, 21. Jan.: 11 Uhr: Konzert in der Hochbrunn-Ortskirche. 4 Uhr: Abonnement-Konzert. 5 Uhr im Weinsalon: Tee-Konzert. 8 Uhr im großen Saal: Lichtbild-Vortrag von Dr. Hermann Rüdiger über die Schröder-Stranz-Expedition. Donnerstag, 22. Jan.: 4 und 8 Uhr: Abonnement-Konzert. Freitag, 23. Jan.: 4 Uhr: Militär-Konzert. 5 Uhr im Weinsalon: Tee-Konzert. 7 1/2 Uhr im großen Saal: 9. Jahn-Konzert (Leitung: hiesiger Musikdirektor Schürich). Solistin: Alice Kupper, Klavier). Samstag, 24. Jan.: 11 Uhr: Konzert in der Hochbrunn-Ortskirche. 8 1/2 Uhr: 1. Postenball.

Kur-Omnibus-Rundfahrten (Abfahrt Kurhaus): Sonntag: 10 Uhr: Lorebach, 2 1/2 Uhr: Königstein. Dienstag: 10 Uhr: Jockischloß, 10 1/2 Uhr: Seelbach-Kurhaus. Mittwoch: 10 Uhr: Georgenborn, 2 Uhr: Seelbach. Donnerstag: 10 Uhr: Kurhaus, 2 1/2 Uhr: Königstein, 5 Uhr: Ministerial. Freitag: 10 Uhr: Königstein, 2 Uhr: Ministerial, 4 Uhr: Nationaldenkmal, 2 Uhr: Bäder-Königstein, 5 Uhr: Cronberg. Samstag: 10 Uhr: Kurhaus, 2 1/2 Uhr: Rheingammsiedlung, Kloster Seelbach.

Konzerte. Am Donnerstag abends 8 Uhr, veranstaltet im Musiksaal die hiesige Konzertgesellschaft Gerda Adelberger unter Mitwirkung der Pianistin Martha Schneider und des Soloflötisten Franz Danneberg zum Besten der neu errichteten Kleinkinderschule ein Wohltätigkeits-Konzert. Das Programm ist sehr reichhaltig und abwechslungsreich.

Der Verein der Künstler und Kunstfreunde veranstaltet am Dienstag im Musiksaal sein 7. Konzert. Das Künstler-Quartett aus Berlin, bestehend aus den Herren Prof. Karl Klingner, Joseph Rüdiger, Fridolin Klingner, Arthur Williams, ist dazu gewonnen worden.

Kunstausstellungen. Sonntag, 11 1/2 Uhr. Eröffnung der holländischen Ausstellung der Künstlergruppe „Sanct Lucas“. Es sind ca. 145 Gemälde, Aquarelle, Pastelle, Radierungen, Kleinplastiken zur Ausstellung gelangt.

Galerie Sanger. Die Plastiken von H. v. Bartels, Professor G. E. Barth, G. Bauer, A. Daumiller, E. Stadelhofer, J. Viertel, E. Wünsche und A. Bisslow zur Ausstellung im Kurhaus sind jetzt vollständig zur Ausstellung gelangt.

Vorträge. Noth Kammern, der berühmte Entdecker des Südpols, spricht heute Samstagabend in Mainz in der „Mainzer Liebertafel“ über seine Reise nach dem Pol. Der Vortrag findet in deutscher Sprache statt und wird durch Schlichter erläutert.

Einführung in die bildende Kunst und Plastik, zehn Lichtbildvorträge von Bildhauer J. G. Höpfer, über die wir in den letzten Monaten fortlaufend berichtet haben, werden sich wiederholt werden, da sich ein hinreichender Kreis von Interessenten gemeldet hat. Die Vorträge beginnen am 22. Januar, nämlich um 5 Uhr, im Konfirmandensaal 1 der Lutherkirche.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

h. v. Schierstein, 16. Jan. Auf dem Hofen und auf den unterhalb desselben gelegenen Krippen haben sich wieder Eisbahnen gebildet, die bereits eifrig bewässert werden. Durch das jetzt wieder stark zurückgehende Hochwasser des Rheins, welches die gesamten Wiesen unterhalb des Hafens überschwemmt hatte und alsdann gefror, bildet die ganze Gegend ein riesiges Eisfeld und gewährt einen prächtigen Anblick. Auch mit dem Eiswachen hat man allgemein wieder begonnen. Viele durch die Kälte arbeitslos gewordene Leute finden dadurch lohnende Beschäftigung. Der Rhein geht stark mit Treibeis und die Schiffahrt ist nahezu völlig eingestellt. — Heute waren es 40 Jahre, seit der Kellerer Franz aus Viehbach ununterbrochen Sonntag für Sonntag in der Seipelschen Weinwirtschaft „Zum Adler“ hier selbst fungiert. Er hat sich in dieser Zeit des Vertrauens seines Arbeitgebers wie der Beliebtheit bei den Gästen in vollem Maße erfreut. Erst seit einigen Wochen hat er aus Gesundheitsrücksichten seinen Dienst aufgeben müssen.

z. Bierstadt, 16. Jan. Der hiesige Spar- und Vorsparverein, E. G. m. b. H., hat sich in den zehn Jahren seines Bestehens recht gut entwickelt und der jährliche Umsatz ist stetig gewachsen. Vor zehn Jahren wies die Bilanz in Einnahmen 62210 M., in Ausgaben 61687 M. auf. Nach den Festsetzungen aus dem Vereinsjahr 1913 beläuft sich der Umsatz auf das Jahresende, nämlich auf 1200000 M. gegen 1068000 M. in 1912. Der Verein hat seit 1. Januar d. J. die tägliche Verzinsung der Sparkastengelder eingeführt bei einem Zinssatz von 3 1/2 Prozent, während bei halbjähriger Kündigung 4 Prozent vergütet werden. Der Wechselkurs ist auf 5 1/2 Prozent herabgesetzt. — Der hiesige Verein der fortschrittlichen Volkspartei hielt unter Vorsitz des Biegeleibehlers Ribbel gestern im „Bayerischen Hof“ eine Versammlung ab, die sich sehr zahlreichen Besuchs erfreute. Parteisekretär Müller (Frankfurt a. M.) sprach über den Parteiprogramm, indem er die Bestimmungen, namentlich auch über die Einschätzung des ländlichen Besitzes, anscheinlich auslegte, und dann anschließend daran die Gerichtsbarkeit über Jäger und den Vorstoß des Grafen von Bartenburg im preussischen Herrenhaus in den Kreis seiner Betrachtungen zog. Die Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Es schloß sich eine Besprechung an, an der sich die Herren Ribbel, Kaiser und Stahl beteiligten, und die noch verschiedene Fragen aufwarf.

cl. Vöckheim, 16. Jan. Die durch das Ableben des Delans Knapp erledigte Pfarrstelle der katholischen Gemeinde ist dem Pfarrer Herzog in Dermbach (Westerwald) übertragen worden. — Auf Antrag des königl. Konsistoriums beschloß der Kirchenvorstand und die größere Gemeindevertretung der evangelischen Gemeinde sowie die hiesigen Körperschaften die dauernde organische Verbindung des Organisten-Dienstes mit der ersten evangelischen Lehrerstelle.

Nassauische Nachrichten.

Bad Ems, 16. Jan. Aus besonderem Anlaß wurde dem königl. Oberbahnvorsteher Herrn Stephan Kirgel hier selbst der Kaiserl. Russ. St. Stanislausorden 3. Klasse verliehen.

ht. Königstein, 15. Jan. Hauptmann a. D. Joch, der bisher bei der hiesigen Stadtverwaltung tätig war, wurde zum Bürgermeister und Kurdirektor von Bad Grund im Herzogtum ernannt.

S. Aus dem Oberwesterwaldkreis, 15. Jan. Das amtlich festgestellte Ergebnis der Vieh- und Obstkrautzählung ist folgendes: Gehöfte mit Vieh: 4258 (1912: 4407), Viehhaltende Haushaltungen: 4321 (4474), Pferde: 821 (900), Rindvieh: 19889 (18532), Schafe: 194 (182), Schweine: 9921 (8709), Biegen: 1137 (1097); Obstbäume: 63440 (bei der Zählung 1900: 62342). Sämtliche Viehhaltungen haben eine Zunahme erfahren, besonders stark ist sie bei Rindvieh und Schweinen. Auch die Ziegenzucht nimmt dank der errichteten 12 Ziegenstationen erfreulich zu.

Aus der Umgebung.

Ein schwerer Automobil-Unfall.

W. Mainz, 17. Januar. Gestern abend hat sich auf dem Wege von Eintracht nach Groß-Gerau ein schwerer Automobilunfall ereignet. Der Betriebswagen der überlandzentrale Mainz, in dem sich außer dem Chauffeur auch der Vorsteher des Betriebsbüros in Groß-Gerau, Ingenieur Schlotz, befand, stieß mit einem Fuhrwerk zusammen. Die beiden Insassen flohen heraus und wurden schwer verletzt. Ingenieur Schlotz starb nach seiner Überführung ins Krankenhaus in Groß-Gerau.

ht. vom Main, 13. Januar. Schaffenburg, das ehemals als Weinort einen guten Klang hatte und einen trefflichen

Tropfen fabrizierte, wird in kurzer Zeit aus der Liste der Weinorte verschwinden. Die andauernden Mägen und Schädigungen durch Ungeziefer und Vögel haben dazu geführt, daß die Weinberge auf einen trübsamen Rest ausgerodet wurden. An ihrer Stelle haben die Besitzer Obstbäume angepflanzt.

Letzte Drahtberichte.

Zu den Kriegengerüchten.

Berlin, 17. Jan. (Eig. Drahtbericht) In einem Leitartikel „Bethmann zwischen den Stühlen“, der sich mit den Kriegengerüchten beschäftigt, schreibt die „V. Z.“: „Man darf trotz des offiziellen Dementis glauben, daß das Palais in der Wilhelmstraße bald einen neuen Herrn haben wird. Herr v. Bethmann-Hollweg wird fallen, weil er den Konservativen in der Verwaltung des Reiches nicht framm genug aufzutreten ist. Offenbar war ihnen der Ton, in dem er über Bayern urteilte, nicht genug abweisend genug gegen die Linke. Wenn es nun wahr sein sollte, daß der fallende Kanzler auch seinen Staatssekretär des Auswärtigen mit in die Tiefe ziehen sollte, so kann diese Entlassung — so wird man sagen — unmöglich auch auf das Konto Bayern geschrieben werden? Es scheint, daß auch in den hohen Kreisen die Kaltstellung des Generals Liman v. Sanders als ein Mißerfolg unserer auswärtigen Politik betrachtet wird. Die Ermächtigung zum Eintritt Limans in das türkische Meer wird in Potsdam als eine der Türkei erwiesene Vergünstigung betrachtet und das Verhalten der von Rußland und Frankreich bedrängten Türkei erscheint als ein Beweis von Undankbarkeit, für die die Vertreibung des deutschen Diplomaten trifft, der es verabsäumt hat, für die Wahrung der Vorzugsstellung Limans in der türkischen Armee sich die nötigen politischen Garantien abgeben zu lassen.“

Die zweite Etatslesung im Abgeordnetenhaus.

S. Berlin, 17. Jan. (Eig. Drahtbericht) Das preussische Abgeordnetenhaus beschäftigt bereits am Montag mit der zweiten Lesung des Etats zu beginnen, und zwar mit dem Landwirtschaftsetat.

Eine neue russische Jäger-Interpellation in der Ersten reichsländischen Kammer.

xx Straßburg, 17. Jan. (Eig. Drahtbericht) Der Straßburger „Post“, zufolge ist auf Anregung von fortschrittlicher Seite eine Interpellation über die Jägerkorrigende in der Ersten Kammer des Landtags eingebracht worden, über die bereits am kommenden Montag, nachmittags 3 Uhr, verhandelt werden soll. Die Interpellation hat folgenden Wortlaut: „Was gedenkt der Herr Statthalter zu tun, um dem Lande die Sicherheit zu verschaffen, daß sich die Inhaber militärischer Kommandogewalt in Elsaß-Lothringen künftig innerhalb der Schranken ihrer Befugnisse halten?“

Neue russische Verdächtigungen des Zaren Ferdinand.

W. Petersburg, 17. Jan. Die „Nowoje Wremja“ bringt neuerdings Enthüllungen über den Zaren Ferdinand von Bulgarien. Danach soll dieser durch die Vermittlung des österreichischen Geschäftsträgers in Sofia der österreichischen Regierung den Text des bulgarisch-serbischen Geheimvertrags in die Hände gespielt haben, so daß Österreich während der ganzen Balkankrise auf dem Laufenden war. Auf die dringende Aufforderung des Wiener Kabinetts soll Ferdinand den Feldzug gegen Serbien unternommen und dafür das Versprechen erhalten haben, nach einem siegreichen Ausgang Thrazien zu erhalten.

Zur Lage in Albanien.

Δ Mailand, 17. Jan. (Eig. Drahtbericht) Dem „Corriera della Sera“ wird aus Brindisi gemeldet, daß von dort 800 Riften mit Patronen nach Valona abgehandelt wurden.

Wien, 17. Jan. Die „Militärische Rundschau“ meldet: Als Ablösung für das seit Monaten in Valona befindliche Stationär-Geschw. „Panther“ ist interimistisch der Torpedosortier-Geschw. „Bestimm“ bestimmt. Es ist also kein neues Schiff entandt worden. Es blieb wie vorher nur ein österreichisches Schiff in Valona.

Villa und Carranza marschieren auf Mexiko.

Wh. New York, 16. Jan. Nach einem Telegramm aus Chihuahua wird der Rebellenführer, früherer General Villa, bei Guadaluajara mit dem General Carranza zusammenstößen und zusammen mit diesem nach Mexiko marschieren. General Villa erwidert, daß er mit 25000 Mann einen entscheidenden Schlag gegen die Hauptstadt unternehmen könnte.

Ein Erlass gegen die Kinderehe in China.

Wh. Peking, 17. Jan. Präsident Yuanshikai nimmt die Modernisierung sehr energisch in Angriff. So hat er einen Erlass herausgegeben, in dem den Eltern verboten wird, ihre noch unmündigen Kinder zu verheiraten. In China existiert der alte Brauch, daß die Eltern die Verheiratung ihrer Kinder bereits vor der Geburt unter irgendwelchen gewinnfüchtigen Absichten vornehmen. Der Heiratsvertrag wird nur dann ungültig, wenn sich nach der Geburt herausstellt, daß die betreffenden Kinder eines Geschlechts sind.

Der Zusammenbruch des Streiks in Südafrika.

Wh. Bloemfontein, 16. Jan. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß der Streik zusammenbricht. Die Behörden haben die Erlaubnis zu einer Versammlung der Streikenden verweigert. Die Arbeitswilligen müssen sich einzeln bis heute abend zur Arbeit melden. 250 Arbeiter sind zur Arbeit zurückgekehrt. Die Milizreserve ist heute abend entlassen worden.

Wh. Kapstadt, 16. Jan. Der Streik in Witbank ist offiziell und öffentlich als beendet erklärt worden. Die Mehrzahl der Arbeiter ist gestern zur Arbeit zurückgekehrt. Diejenigen, welche sich aktiv

am Streif beteiligt haben, sind nicht wieder eingestellt worden.

R. Durban, 16. Jan. Der Verband der Gewerkschaften von Natal gibt bekannt, daß die gefrüge Abstimmung zugunsten des allgemeinen Streiks ausgefallen ist, daß aber der Ausschuß weitere Schritte für den Augenblick aufgeschoben hat.

R. Pietermaritzburg, 16. Jan. Der Belagerungszustand macht dem Streik ein Ende. Viele Heizer sind zur Arbeit zurückgekehrt.

Zum Eisenbahnerstreik in Portugal.

wb. Lissabon, 17. Jan. Von Lissabon ist der erste Zug eingetroffen. Gegen einen Militärzug der Linie nach Cascoas sind drei Bomben geworfen worden; die Soldaten feuerten und nahmen drei Verhaftungen vor.

Die Errichtung einer neuen großen Ausstellungshalle in Berlin.

Berlin, 17. Jan. (Eig. Drahtbericht) Die Beratungen über die Errichtung einer neuen großen Ausstellungshalle in Berlin, die vom Verein deutscher Motorfahrzeugindustrieller beschlossen worden war, sind nunmehr zum Abschluß gelangt. Wie die „V. Z.“ erfährt, wurde von den verschiedenen Projekten dasjenige akzeptiert, das den Bau einer Halle am Kaiserdamme vorsah.

Sum Untergang des englischen Unterseebootes „A 7“.

London, 17. Jan. (Eig. Drahtbericht) Von dem Begleiterschiff des bei Solent verunglückten Unterseebootes „A 7“ wurde bekannt gegeben, daß die Rettung der Mannschaft aufgegeben worden sei, da das Boot überhaupt noch nicht lokalisiert wurde.

Strandung eines holländischen Personendampfers.

wb. Rotterdam, 17. Jan. Der niederländische Passagierdampfer „Batavia III“, der von London nach Amsterdam unterwegs war, ist bei Oost van Holland gestrandet. Das Wetter ist schön. Es besteht keine Gefahr.

Die Anger-Hütte durch eine Lawine zerstört. wb. Stuttgart, 17. Jan. Die Anger-Hütte im Starnbergergebirge, der Section Schwaben gehörig, ist durch einen Lawineinsturz vollständig zerstört worden.

wb. Hamburg, 17. Januar. Der der Hamburg-Amerika-Linie gehörige Dampfer „Danica“, der fälschlich als überfällig bezeichnet worden war, ist am 16. d. M. in Havana eingetroffen.

wb. Barcelona, 17. Jan. Im Tunnel bei Gerrafe bei Lorio explodierten die Zylinder einer Bohrmaschine. Drei Personen wurden getötet und zehn verwundet.

Wetterberichte.

Deutsche Seewarte Hamburg.

17. Januar, 8 Uhr vormittags.

1 = sehr leicht, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm.

Table with weather reports for various stations including Borkum, Hamburg, Berlin, etc., with columns for station, wind direction, and weather conditions.

Beobachtungen in Wiesbaden

Table with weather observations for Wiesbaden, including barometer, thermometer, and wind data for 16. January.

Wettervoraussage für Sonntag, 18. Januar 1914.

von der Meteorologischen Abteilung des Physikal. Vereins zu Frankfurt a. M. Ziemlich heiter und trocken, Frost, östliche Winde.

Wasserstand des Rheins

Table with water level data for the Rhine at Biebrich, Caub, and Mainz.

Handelsteil.

Berliner Börse.

§ Berlin, 17. Januar. (Eig. Drahtbericht) Durch die gestrige Abschwächung New Yorks und die mattere Haltung der Wiener Börse ließ sich der heutige Markt nur wenig beeinflussen, da die besseren Eisenmarktberichte, insbesondere Meldungen von Preiserhöhungen am Düsseldorf-Markt, genügend Gegengewichte boten.

Frankfurter Börse.

Frankfurt a. M., 18. Jan. (Eig. Drahtbericht) Die Regsamkeit der Börse war heute wieder geringer, aber es herrschte doch vereinzelt eine ziemlich freundliche Stimmung vor. Anreizend wirkte die bessere Lage in Transvaal.

Die Ausgabe neuer Schatzanweisungen Preußens.

Aus den Kreisen der Verwaltung der Preussischen Seehandlung (Preussische Staatsbank) wird uns geschrieben: Die preussische Finanzverwaltung hat, wie schon im gestrigen Abendblatt an anderer Stelle mitgeteilt, an das Preußen-Konsortium 400 Mill. M. auslosbarer Schatzanweisungen begeben, während das Reich zurzeit keinen Geldbedarf zu befriedigen hat.

war eine starke Zurückhaltung der Privatkapitalisten wie der zur Bilanzstellung verpflichteten Anstalten und Kassen, soweit sie nicht zur Anlegung ihrer Bestände in Staatspapieren verpflichtet sind, zu beobachten, und die Abneigung hatte ihren Grund in den Kursverlusten, die an Staatsanleihen in den letzten Jahren erlitten worden sind.

Die Zahlungsunfähigkeit der Societe Auxiliaire de Credit in Paris, die vor einiger Zeit von dem Börsenspekulanten Charles Victor gegründet wurde, meldet W. T. B., daß von dem Zusammenbruch lediglich die Aktionäre betroffen wurden und daß die Einlagen unversehrt seien. Die Börsenverbindlichkeiten Vectors sollen 42 Mill. Fr. betragen.

Banken und Geldmarkt.

* Deutsche Dampfschiffahrts-Gesellschaft Hansa. Gegenüber dem an der Berliner Börse umlaufenden erhöhten Dividendenkurs erklärt die Verwaltung, daß sie seinerzeit ihre Schätzung nach bestem Ermessen vorgenommen und nichts hinzuzufügen habe.

w. Zwangsanleihen in Mexiko. New York, 16. Jan. Eine Depesche aus Mexiko meldet auf Grund einer Information aus dem Regierungspalast, Huerta erlaßt ein Dekret, welches Zwangsanleihen genehmigt.

Schneebericht

von der Meteorologischen Abteilung des Physikal. Vereins zu Frankfurt a. M.

Taunus, Feldberg: Starker Frost. Schneehöhe 50 cm (gefroren). Schneedecke geschlossen. Bahn nach dem Fichtelberg, Schneeschubahn sehr gut. Oberreifenberg: Starker Frost. Schneehöhe 50 cm (gefroren). Schneedecke geschlossen. Nordbahn Schneehöhe 50 cm (gefroren). Schneedecke unterbrochen. Schwarzer Weghöhe 10 cm (gefroren). Schneedecke unterbrochen. Schlitzenbahn und Kellergrünbahn gut. Schneeschubbahn ungenügend. Schlittenbahn gut. Hornburg v. d. H.: Starker Frost. Schneehöhe 35 cm (gefroren). Schneedecke geschlossen. Rodelbahn Saaburg sehr gut. Schneehöhe 30 cm (Neuschnee). Schneedecke geschlossen. Rodel- und Schneeschubbahn gut. Westerwald, Marienberg: Starker Frost. Schneehöhe 30 cm (Neuschnee). Schneedecke gefroren. Rodel- und Schneeschubbahn sehr gut. Vogelsberg, Hohen Rodkopf: Starker Frost. Schneehöhe 70 cm (Neuschnee). Schneedecke geschlossen. Rodel- und Schneeschubbahn gut. Hochwaldhausen: Starker Frost. Schneehöhe 60 cm (gefroren). Schneedecke geschlossen. Rodel- und Schneeschubbahn sehr gut. Spessart: Heigenbrücken: Frost. Schneehöhe 30 cm (gefroren). Schneedecke geschlossen. Rodelbahn vorerst. Schneeschubbahn unfahrbar. gefroren. Rhön, Gerfeld: Starker Frost. Schneehöhe 100 cm (pulverig). Schneedecke verweht. Rodel- und Schneeschubbahn sehr gut. Kreuzberg: Starker Frost. Schneehöhe 97 cm. (Neuschnee). Schneedecke geschlossen. Rodelbahn sehr gut. Schneeschubbahn gut. Schwarzwald, Feldberg: Starker Frost. Schneehöhe 100 cm (Neuschnee). Schneedecke geschlossen. Schneeschubbahn sehr gut. Triberg: Starker Frost. Schneehöhe 50 cm (Neuschnee). Schneedecke geschlossen. Rodel- und Schneeschubbahn sehr gut.



Advertisement for 'Obol' mouthwash. Includes an illustration of a hand holding a bottle of 'Obol' and text describing its benefits for oral hygiene.

Die Zahlungsschwierigkeiten in Paris. Zu den Zahlungsschwierigkeiten der Societe Auxiliaire de Credit in Paris, die vor einiger Zeit von dem Börsenspekulanten Charles Victor gegründet wurde, meldet W. T. B., daß von dem Zusammenbruch lediglich die Aktionäre betroffen wurden und daß die Einlagen unversehrt seien.

Die Deutsche Bank und Thyssen. Gerüchtweise vermutet, daß die Deutsche Bank in Berlin Versuche aufgenommen hat, zwischen Thyssen und der Mannesmanngruppe in der Röhrensyndikatsfrage zu vermitteln.

Aus der Gasglühstrumpfproduktion. In einer kürzlich abgehaltenen Versammlung der Glühstrumpffabrikanten wurde allseitig ein befriedigender Geschäftsgang konstatiert.

Die Industrie und Handel. Die Deutsche Bank und Thyssen. Gerüchtweise vermutet, daß die Deutsche Bank in Berlin Versuche aufgenommen hat, zwischen Thyssen und der Mannesmanngruppe in der Röhrensyndikatsfrage zu vermitteln.

Die Deutsche Bank und Thyssen. Gerüchtweise vermutet, daß die Deutsche Bank in Berlin Versuche aufgenommen hat, zwischen Thyssen und der Mannesmanngruppe in der Röhrensyndikatsfrage zu vermitteln.

Aus der Gasglühstrumpfproduktion. In einer kürzlich abgehaltenen Versammlung der Glühstrumpffabrikanten wurde allseitig ein befriedigender Geschäftsgang konstatiert.

Die Industrie und Handel. Die Deutsche Bank und Thyssen. Gerüchtweise vermutet, daß die Deutsche Bank in Berlin Versuche aufgenommen hat, zwischen Thyssen und der Mannesmanngruppe in der Röhrensyndikatsfrage zu vermitteln.

Aus der Gasglühstrumpfproduktion. In einer kürzlich abgehaltenen Versammlung der Glühstrumpffabrikanten wurde allseitig ein befriedigender Geschäftsgang konstatiert.

Die Industrie und Handel. Die Deutsche Bank und Thyssen. Gerüchtweise vermutet, daß die Deutsche Bank in Berlin Versuche aufgenommen hat, zwischen Thyssen und der Mannesmanngruppe in der Röhrensyndikatsfrage zu vermitteln.

Aus der Gasglühstrumpfproduktion. In einer kürzlich abgehaltenen Versammlung der Glühstrumpffabrikanten wurde allseitig ein befriedigender Geschäftsgang konstatiert.

Die Industrie und Handel. Die Deutsche Bank und Thyssen. Gerüchtweise vermutet, daß die Deutsche Bank in Berlin Versuche aufgenommen hat, zwischen Thyssen und der Mannesmanngruppe in der Röhrensyndikatsfrage zu vermitteln.

Schiffs-Nachrichten

über Bewegung und Ankunft der Dampfer vom 10. Januar bis 12. Januar 1914.

Table with shipping news, listing ship names, destinations, and arrival/departure dates for various lines like Norddeutscher Lloyd and Deutsche Ostafrika-Linie.

Die Abend-Ausgabe umfaßt 12 Seiten.

Verantwortlich für den politischen Teil: H. Degerbeek; für den literarischen Teil: H. Degerbeek; für den wissenschaftlichen Teil: H. Degerbeek; für den künstlerischen Teil: H. Degerbeek; für den redaktionellen Teil: H. Degerbeek; für den administrativen Teil: H. Degerbeek.

Table with exchange rates for various currencies including Sterling, Franc, and others.

Kursberichte vom 17. Jan. 1914. Eigene Drahtberichte des Wiesbadener Tagblatts.

Table with exchange rates for gold, silver, and other commodities.

Berliner Börse.

Main table for Berlin stock market, including Bank-Aktien, Eisenbahnen, and Bergwerks-Aktien.

Vorl. Letzt. In %

Table for Berlin stock market, Vorl. Letzt. In % section.

Vorl. Letzt. In %

Table for Berlin stock market, Vorl. Letzt. In % section.

Zf. In %

Table for Berlin stock market, Zf. In % section.

Zf. In %

Table for Berlin stock market, Zf. In % section.

Frankfurter Börse.

Main table for Frankfurt stock market, including Staats-Papiere and Industrie-Aktien.

Vorl. Letzt. In %

Table for Frankfurt stock market, Vorl. Letzt. In % section.

Vorl. Letzt. In %

Table for Frankfurt stock market, Vorl. Letzt. In % section.

Zf. In %

Table for Frankfurt stock market, Zf. In % section.

Zf. In %

Table for Frankfurt stock market, Zf. In % section.

Reichsbank-Diskont 5 %

Table for Reichsbank-Diskont 5 %.

Wechsel. In Mark

Table for Wechsel. In Mark.

Londoner Börse.

Main table for London stock market, including Americanische Bahnen and Fonds.